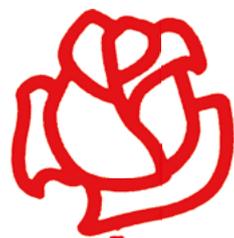


Monatsspiegel



September 2012



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Der Bezirkstag braucht andere politische Mehrheiten

Die Legislaturperiode 2008 bis 2013 von Landtag und Bezirken in Bayern nähert sich dem Ende. Ein Jahr noch, dann wird wieder gewählt. Ich bewerbe mich erneut um ein Bezirkstagsmandat im Stimmkreis Erlangen/Möhrendorf/Heroldsberg. Vor der Nominierung will ich Bilanz ziehen: Wo haben wir Sozialdemokraten im Bezirkstag unsere Schwerpunkte gesetzt? Was konnten wir erreichen? Was bleibt zu tun?

Neue Aufgaben im Bezirk: Inklusion und ambulante Eingliederungshilfe

Ab 2008 änderten sich wichtige Rahmenbedingungen für die Arbeit im Bezirk: Die ambulante Eingliederungshilfe (EGH) ging von den kreisfreien Städten und Landkreisen in die Zuständigkeit der Bezirke über und wurde dort mit der stationären Eingliederungshilfe zusammengeführt. 2009 hat der Deutsche Bundestag die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert und eine neue Rechtsgrundla-

ge für die Inklusion von Menschen mit Behinderung geschaffen.

Das Ziel: Sicherung gleicher Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung inmitten der Gesellschaft, Teilhabe von Anfang an. Gefordert ist neues Denken und Handeln, ganz gleich ob es um Frühförderung, Bildung und Schule, Mobilität, Wohnen, Leben mit Assistenz, Integration in den ersten Arbeitsmarkt oder anderes geht.

Sicherung gleicher Lebensbedingungen: Behindertenfahrdienst für ganz Mittelfranken

Gleich nach Übergang der Zuständigkeit stand der Behindertenfahrdienst (BFD) auf der Tagesordnung: Die in Erlangen und Nürnberg erreichten Standards konnten flächendeckend gesichert werden. Die SPD-Bezirkstagsfraktion hatte sich gleich von Anfang mit Nachdruck dagegen gewandt, den BFD europaweit auszuschreiben. Das

■ **Von Gisela Niclas**
Bezirksrätin



hätte bestehende Angebotsstrukturen und Arbeitsplätze in der Region gefährdet. Gemeinsam mit den Behinderten und ihren Interessenverbänden ist es gelungen, diesen Versuch abzuwehren und die Mobilität im Rahmen der bewährten Fahrdienste zu gewährleisten. „Weiße Flecken“, Gebietskörperschaften ohne Fahrdienstangebot für ihre Bürger mit Behinderung gibt es seitdem keine mehr. Dafür kostet der BFD jetzt mehr, 1,5 Mio Euro 2009, 5 Mio. Euro 2011. Auf Antrag der SPD gibt es demnächst auch in Mittelfranken eine Broschüre zum BFD in leichter Sprache erstellt.

Der BFD wird wegen der Kosten in der Diskussion bleiben. Alle Versuche, Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

11.09.	20:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	AWO Ost	S. 24
11.09.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 24
11.09.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Zur Einkehr	S. 25
14.09.	09:45	Informationsfahrt nach Triesdorf	Busbahnhof (Treffpunkt)	
18.09.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 23
18.09.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 23
19.09.	15:00	60plus: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 26
19.09.	20:00	Arbeitskreis Internationales	August-Bebel-Haus	S. 8
19.09.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
21.09.	20:00	Linkes Forum Erlangen	Orpheus	S. 10
26.09.	20:00	Arbeitskreis Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus	S. 8
28.09.	18:00	AsF: Unterbezirkskonferenz	IG-Metall-Saal	S. 27
01.10.	19:00	Veranstaltung „Die Bahn kommt“	E-Werk	S. 14
03.10.		60plus: Besuch in Jena		S. 26
11.11.	12:00	Distrikt Tennenlohe: Gansessen	Schlossgaststätte	S. 24

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Geschäftsführerin: Sabine Wehner
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 08:00 bis 12:00 Uhr
 Dienstag 08:00 bis 12:00 Uhr
 Mittwoch 08:00 bis 12:00 Uhr
 Donnerstag 10:00 bis 14:00 Uhr
 Freitag geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
 Vorsitzender: Dr. Florian Janik
 Geschäftsführerin: Saskia Coerlin
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 Fax: 09131-86-2181
 E-Mail: spd@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag 09:00 bis 12:00 Uhr
 Dienstag 09:00 bis 12:00 Uhr
 Mittwoch 09:00 bis 12:00 Uhr
 Donnerstag 09:00 bis 12:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen
 Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung
 Philipp Dees
 Lichtenfelser Weg 6
 91056 Erlangen
 Telefon: 09131-483791
 monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck: Gutenberg Druck und Medien,
 Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

das 2009 gesicherte Angebot zu verschlechtern, müssen wir als SPD beantworten mit der Forderung nach weiterem Ausbau eines barrierefreien und gut vernetzten ÖPNV in der gesamten Region. Wer als mobilitätsbehinderter Mensch problemlos Busse und Bahnen nutzen kann, braucht weniger kostenintensive Individualangebote. Das ist Inklusion und Kostenbremse in einem. Auch deswegen brauchen wir die STUB.

Am Beispiel des BFD wollte ich verdeutlichen: Kosten für die ambulante Eingliederungshilfe, die vorher über die Haushalte der kreisfreien Städte und Landkreise finanziert wurden, fallen dort nicht mehr an, wohl aber im Haushalt des Bezirkes. Das führt logischerweise zu Umlagesteigerungen. Das ist der Auslöser für die 2011 öffentlich zum Teil sehr heftig ausgetragene Debatte zwischen Oberbürgermeistern, Landräten und dem Bezirkstagspräsidenten um die Kostenentwicklung im Bezirkshaushalt.

Kommunalfeindliche Finanzpolitik der CSU/FDP in Bayern und im Bund wirkt im Bezirk

Die Ursachen für die Problematik liegen jedoch anderswo: In der restriktiven kommunalen Finanzausstattung der CSU-Staatregierung (ab 2008 in der Variante CSU/FDP). Der Freistaat steht beim Finanzausgleich nach wie vor ganz hinten im Bundesvergleich und lobt sich gleichzeitig selbstherrlich für seine Entschuldungspolitik – auf Kosten der Kommunen: Per Landtagsbeschluss wurde die Zuständigkeit in der Eingliederungshilfe geändert, es folgte aber kein angemessener Finanzausgleich für die Bezirke. Das politisch richtige Ziel „Sicherung gleicher Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung in Bayern“ wird finanziell überwiegend den Städten und Landkreisen durch höhere Umlagezahlungen aufgebürdet und führt zu Verdross gegenüber den Bezirken und zu Forderungen nach dem Abbau sozialer Standards. (Bezirksumlage 2012: 395,7 Mio. Euro, davon 27,6 Mio. aus Erlangen, bayerischer Finanzausgleich: 119,5 Mio. Euro). Die Menschen mit Behinderung und die Bayerischen Bezirke werden damit faktisch zum „Puffer“ der kommunalfeindlichen Finanzpolitik von Seehofer und Co. Hinzu kommt: Mittelfranken hat im Vergleich zu anderen Bezir-

ken die schwächste Umlagekraft pro Einwohner (Bayerndurchschnitt: 120, Oberbayern: 123, Mittelfranken: 114). Wesentlichste Ursache hierfür ist die nach wie vor bestehende gravierende Ungleichheit der Wirtschafts- und Strukturförderung Nordbayerns durch

die CSU-geführten Landesregierungen der letzten Jahrzehnte.

Fazit: Das strukturelle Finanzproblem des Bezirks Mittelfranken kann nicht allein im Bezirk gelöst werden. Dafür brauchen wir eine grundlegende Reform der restriktiven Finanzpo-

Eckdaten des Bezirkshaushalts 2012	
Verwaltungshaushalt insgesamt	664,4 Mio Euro
Einnahmen u.a.	
• Bezirksumlage (Hebesatz 26%)	395,7 Mio. Euro
• Staatlicher Sozialhilfeausgleich	119,5 Mio. Euro
• Ausgleich sozialer Leitungen (z.B. von Angehörigen)	110,7 Mio. Euro
• Schuletat (z.B. Förderung durch die Arbeitsverwaltung)	31,0 Mio. Euro
Ausgaben u.a.	
• Sozialetat	576,8 Mio. Euro
• Davon Eingliederungshilfe	358,9 Mio. Euro
• Davon Hilfen zur Pflege	96,8 Mio. Euro
• Personalausgaben	56,0 Mio. Euro
• davon rund im Schuletat	29,7 Mio. Euro
Vermögenshaushalt insgesamt	22,9 Mio. Euro
Ausgaben u.a.	
• Nachfinanzierung Fehlbetrag 2010	7,6 Mio. Euro
• FOS Triesdorf, Energetische Instandsetzung	7,6 Mio. Euro
• Gehörlosenschule, Altbausanierung	2,0 Mio. Euro

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Kreismitgliederversammlung im September findet wegen vieler anstehender Termine an einem Mittwoch statt. Wir laden euch ein zur

Kreismitgliederversammlung am Mittwoch, den 19. September 2012, 20.00 Uhr Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Der Bezirk – Kostenträger oder Garant für soziale Gerechtigkeit?
Gisela Niclas, Bezirksrätin
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

litik der derzeit amtierenden Landes- und Bundesregierung. Im Klartext: wir brauchen andere Mehrheiten im Bayerischen Landtag und im Deutschen Bundestag!

SPD-Fraktion und Bezirkshaushalt

In den haushaltspolitischen Forderungen unserer Fraktion haben wir uns seit der Wahl 2008 dafür eingesetzt, trotz Verlagerung der Zuständigkeit steile Anstiege der Bezirksumlage zu verhindern. Wir konnten z.B. durchsetzen, dass die Rücklagen aufgelöst wurden. Der Bezirk ist eine Gebietskörperschaft mit dem Recht, Umlagen zu erheben. Es ist nicht zu vermitteln, dass der Bezirk Geld auf der hohen Kante hat, während sich die Kommunen verschulden müssen. Wir haben uns dafür stark gemacht, Investitionen in den Schulen des Bezirks über das Konjunkturpaket II (aufgelegt von Peer Steinbrück) zu finanzieren. Trotzdem entwickelt sich mittlerweile ein Investitionsstau. Wir haben den Haushalten seit 2008 (bis auf den Haushalt 2012) nicht

zugestimmt wegen der völlig unzureichenden Finanzausstattung durch den Freistaat und wegen der bislang fehlenden Bereitschaft des Bezirkstagspräsidenten und der CSU/FW-Mehrheit, in Zusammenarbeit mit den Städten und Landkreisen nachhaltige Sozialplanung zu gestalten.

SPD-Fraktion gegen Abbau von Sozialstandard: Keine Eingliederungshilfe nach Kassenlage

Die Sicherung der Qualität der Eingliederungshilfe in Mittelfranken für Menschen mit Behinderung hat für uns Sozialdemokraten im Bezirkstag oberste Priorität. Sie muss berechenbar für die Betroffenen und die Einrichtungen und Dienste bleiben. Eingliederungshilfe nach Kassenlage lehnen wir ab.

Deswegen haben wir im Rahmen des sogenannten Haushaltskonsolidierungsbeschlusses des Bezirkstages im Juli 2011 keinen Vorschlägen zugestimmt, die auf einen Abbau bestehender Hilfen und Standards abzielen, z.B. keine Verschlechterung von Personal-

schlüsseln. Angesichts der defizitären Haushaltslage haben wir uns aber dafür ausgesprochen, bei Trägern und beim Bezirk selbst derzeit keine Strukturverbesserungen und keine neuen Aufgaben zu finanzieren.

Die Struktur und die Anzahl der sogenannten Komplexeinrichtungen für Menschen mit Behinderungen (z.B. Lebenshilfe, Rummelsberger, Diakonie Neuendettelsau, Regens Wagner) ist über einen langen Zeitraum gewachsen und im Vergleich der Bezirke einmalig. Anders ausgedrückt: Wo viele Leistungs-



Mitglieder der SPD-Bezirkstagsfraktion bei ihrem Besuch im Département Corrèze im Limousin, der Partnerregion des Bezirks

empfängerInnen leben, sind die Kosten höher als dort, wo wenige oder gar keine leben. Eine Analyse der inzwischen vom Verband der Bezirke vorgelegten Vergleichszahlen zeigt aber: Trotz der Spitzenposition in den Gesamtkosten liegen die pro-Kopf-Ausgaben für jede einzelne geförderte Person im Durchschnitt der Kosten der Ballungsräume. Der Bezirk Mittelfranken erreicht im Vergleich zu den anderen Bezirken eine sehr gute Quote bei der Kostenerstattung durch andere Kostenträger bzw. Privatpersonen.

Die SPD-Fraktion hält es für unrealistisch, kurzfristig im Bereich der sozialen Pflichtaufgaben „Hilfe zur stationären Pflege und Eingliederungshilfe“ zu Kostenreduzierungen im mehrstelligen Millionenbereich zu kommen. Aufgrund der demografischen Entwicklung gibt es immer mehr alte Menschen (auch mit Behinderung), die unterstützt, betreut oder gepflegt werden müssen. Die Kosten der Hilfe zur Pflege im stationären Bereich steigen kontinuierlich, ihr Haushaltsanteil liegt inzwischen bei

96,8 Mio. Euro. Die SPD-Fraktion hat sich im Bezirkstag und auf Verbandsebene erfolgreich dafür eingesetzt, dass zum Vergleich der Durchschnitt der Bezirke in Ballungsräumen herangezogen wird und nicht der Durchschnitt aller Bezirke. In München, Augsburg und dem Großraum Nürnberg sind nun einmal die Mieten, die Grundstückskosten und die Baukosten höher als in der Oberpfalz oder in Teilen Unterfrankens. Hinzu kommt, dass in Ballungsgebieten Fachpersonal immer schwerer zu finden ist. Arbeitgeber im sozialen Bereich können es sich (glücklicherweise!) nicht mehr leisten, unter Tarif zu bezahlen. Umso wichtiger ist es, dass in Entgeltverhandlungen zwischen dem Bezirk und Trägern von Einrichtungen und Leistungsanbietern die Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst in voller Höhe weitergegeben werden. Das ist derzeit nicht der Fall. Knappe Entgelte führen zu Leistungsdruck, Personalabbau und Standardabbau. Ein Antrag der SPD-Fraktion auf volle Weitergabe der Tarifierhöhungen wurde jedoch im letzten Bezirkstag (Juli 2012) abgelehnt. Die Auseinandersetzung geht weiter im nächsten Sozialausschuss.

Inklusion und Arbeitsmarkt

Die Behindertenrechtskonvention fordert die Stärkung der Teilhaberechte von Menschen mit Behinderung in allen Bereichen der Gesellschaft. Die Arbeits- und Sozialminister-Konferenz der Länder hat im Oktober 2010 die „Neuausrichtung der Eingliederungshilfe zu einer personenzentrierten Teilhabeleistung“ als Ziel definiert und dabei erneut deutlich gemacht: Eingliederungshilfe ist nicht vergleichbar mit Arbeitslosengeld II (Regelsätze und Mindeststandards), jede/r Behinderte soll die Hilfen bekommen, die für sie/ihn angemessen sind. Solange Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt kaum Chancen haben – laut Statistik sind die Zahlen sogar rückläufig –, sind sie auf Finanzierung durch Leistungen der Eingliederungshilfe angewiesen. Die meisten „Neuzugänge“ in den Behindertenwerkstätten und Integrationsbetrieben in Mittelfranken sind inzwischen Menschen aus dem 1. Arbeitsmarkt. Die Kosten der Eingliederungshilfe im Bezirkshaushalt liegen derzeit bei 358,9 Mio. Euro, Tendenz steigend. Solange Arbeitgeber sich für eine geringe Ausgleichsabgabe von der Verpflichtung, Menschen mit Behinderung zu beschäf-

tigen, freikaufen können, wird sich daran nichts ändern. Es ist deswegen notwendig, die Inklusionsarbeit von Access und der Lebenshilfe zu unterstützen. Sie leisten wichtige Arbeit auf dem Weg in den ersten Arbeitsmarkt. Notwendig sind aber auch nachhaltige gesetzliche Vorgaben im Rahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik für Menschen mit Behinderung. Dazu brauchen wir andere Mehrheiten in München und Berlin.

Inklusive Bildung in den mittelfränkischen Förderzentren

Der Bezirk Mittelfranken hat weit mehr Förderzentren als alle anderen bayerischen Bezirke. Hier ist besonders sorgfältig abzuwägen, wo und wie Geld in die Sanierung fließen soll. Die Förderzentren sind grundsätzlich bereit, inklusiv zu arbeiten, es gibt bereits gute Ansätze. Sie wollen und sollen sich zu Kompetenzzentrum für (sozial)pädagogisches Know-how im Umgang mit den verschiedenen Behinderungen weiterentwickeln. Der Bezirk muss diesen Prozess unter Einbeziehung der Eltern und Lehrer, des Kulturministeriums und der Städte und Gemeinden, in denen die Familien leben, organisieren und koordinieren. Die SPD-Bezirkstagsfraktion vertritt die Auffassung, dass sich der Übergang nur gemeinsam mit den Betroffenen und nur Schritt für Schritt gestalten lässt. Immer mehr Eltern schicken ihr behindertes Kind inzwischen in eine Regelschule. Das lässt sich an der Kostenentwicklung für die Schulbegleitung ablesen: Haushaltsansatz 2011: 2,81 Mio. Euro, tatsächliche Kosten: 5 Mio. Euro. 2012: ??? Das Konnexitätsprinzip fehlt im bayerische Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (EuG). Die Folge: Erneut müssen Bezirke und Kommunen eine Staatsaufgabe finanzieren. Das EuG garantiert den Rechtsanspruch der Behindertenrechtskonvention auf Inklusion, stellt ihre Umsetzung aber unter Finanzierungsvorbehalt. Das Menschenrecht auf Bildung darf aber nicht von der Kassenlage des Staates abhängig gemacht werden.

Inklusion: Den Weg im Dialog gemeinsam gestalten

Die bisherigen Debatten um Inklusion und Eingliederungshilfe wurden in erster Linie entlang der Kostenfrage geführt. Für uns Sozialdemokraten muss die Frage aber anders lauten: Wie wollen wir jetzt und in Zukunft die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit

Behinderung am gesellschaftlichen Leben sichern, gestalten und finanzieren?

Im Bezirkstag setzen wir auf inhaltliche und finanzielle Umsteuerung in der Eingliederungshilfe („Sozialraumorientierung“), auf effiziente und transparente Kostenkontrolle sowie auf systematische Sozialplanung in enger Zusammenarbeit mit den Städten und Landkreisen als Grundlage künftiger Bedarfsermittlung. Unsere Anträge dazu sind bisher noch nicht zufriedenstellend bearbeitet worden. Die politische Mehrheit des Bezirkstages und die Verwaltung lassen sich nur sehr zögerlich drauf ein.

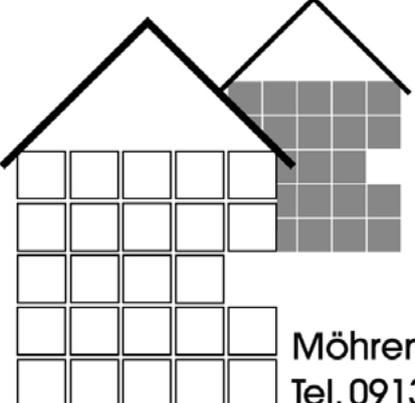
Wir setzen uns ein für bessere Finanzausstattung für die Arbeit der

Werkstatt- und Bewohnerbeiräte. Das Recht auf qualifizierte Mitbestimmung darf nicht vom Geld abhängen. Unsere bisherigen Anträge wurden abgelehnt. Wir bleiben dran.

Zur Umsetzung der Inklusion wollen wir den offenen und öffentlichen Dialog mit den Menschen mit Behinderung, mit den Verbänden, den Städten und Landkreisen. Wir haben durchgesetzt, dass der Bezirk im Oktober 2012 eine Tagung zum Thema „Ambulant unterstützt leben können in Mittelfranken“ durchführt. Das ist ein Anfang.

Überlebenskonzept für das Kommunalunternehmen Bezirkskliniken

Die SPD hat in den letzten Jahren mit



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

beharrlicher Überzeugungsarbeit erfolgreich das Konzept gemeindenaher psychiatrischer Versorgung vorgebracht: Tageskliniken in Weißenburg und Neustadt/Aisch, eine Institutsambulanz in Fürth, Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Ansbach. Nicht verhindern konnten wir den Abbau von Stationen für Suchtkranke in Engelthal und die Schließung der neurologischen Tagesklinik in Erlangen.

Jahrelang haben unsere Vertreter im CSU-dominierten Verwaltungsrat ein Gesamtkonzept für die medizinische und bauliche Weiterentwicklung gefordert. Vergeblich. Die bisher vorgelegten Zahlen waren, wie wir jetzt

lungen rechnen. Jetzt kommt es darauf an, die Weichen neu zu stellen. Die SPD-Fraktion erarbeitet derzeit Vorschläge für die Neufassung der Satzung des Unternehmens. Der schwierigste Part wird aber sein, für die Kliniken in Erlangen, Engelthal und Ansbach ein Konzept zu entwickeln, das nicht nur die Anforderungen nach einer nachhaltigen medizinischen Versorgung der Bevölkerung erfüllt, sondern auch wirtschaftlich überlebensfähig ist.

Gegen Rechtsextremismus: Bezirk fordert Verbot der NPD

Im Frühjahr 2012 hat der Bezirkstag auf Antrag der SPD-Fraktion ein Hearing zum Rechtsextremismus im Mittelfranken durchgesetzt. Einstimmig wurde für ein Verbot der NPD votiert und die Notwendigkeit präventiver Arbeit unterstrichen. Zur Umsetzung der SPD-Forderung, ein Aussteigerprogramm zu unterstützen, konnte sich die Mehrheit (noch) nicht durchringen.



Die SPD-Bezirkstagsfraktion: Fritz Körber, Amely Weiß, Elke Held, Gisela Niclas, Wolf-Dieter Schottdorf, Gabi Köpplinger und Horst Krömker

Aktive Suchtbekämpfung: Drogenkonsumräume für Bayern

Gemeinsam mit den Grünen und dem Bezirksrat der Linken haben wir Sozialdemokraten

wissen, Makulatur. Statt der versprochenen Überschüsse in kleinem Rahmen tat sich beim Nachrechnen ein Millionenloch im zweistelligen Millionenbereich auf.

Die SPD – seit Jahren kritisch gegenüber der Informationspolitik des Vorstandes – hat mit der Forderung nach einer Sondersitzung des Bezirkstags und einem Fragenkatalog dafür gesorgt, dass die eklatante Fehlentwicklung öffentlich wurde. Wie konnte es überhaupt dazu kommen? Diese Frage wird sich möglicherweise nie eindeutig beantworten lassen. Klar ist jedoch: Wenn aus einem kommunalen Regiebetrieb ein Unternehmen gemacht und dem Vorstand unumschränkte Macht eingeräumt wird, wenn durch die Dominanz der CSU im Aufsichtsgremium „Verwaltungsrat“ die demokratische Kontrolle auf Schmalspurniveau schrumpft und der Bezirkstag als politischer Souverän de facto entmachtet wird, muss man mit solchen Entwick-

beantragt, dass sich der Bezirkstag für eine Zulassung von Drogenkonsumräumen in Bayern ausspricht und die Staatsregierung auffordert, einen Gesetzesentwurf einzubringen.

Drogenkonsumräume leisten einen entscheidenden Beitrag zur Überlebenshilfe und zur Risikominimierung (Aids, Hepatitis) beim Konsum von Drogen. Sie bieten mit ihren niederschweligen Kontaktmöglichkeiten eine Brückenfunktion in weiterführende Angebote gesundheitlicher und psychosozialer Unterstützung und zeigen Wege zum Ausstieg aus der Sucht. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag bei der Reduzierung von Problemen durch offene Drogenzonen in Städten und führen zu einer Entlastung des öffentlichen Raums.

Die Mehrheit von CSU/FW im Bezirkstag konnte sich zu der Forderung an die Staatsregierung nicht durchringen. Das Anliegen wurde aber einstimmig in den Fachausschuss des Verbandes der Bezirk-

ke eingebracht und wird dort im Herbst behandelt. Anschließend geht es in den Hauptausschuss. Das ist ein erster Erfolg.

SPD und Grüne setzen Verzicht auf Gentechnik in Triesdorf durch

Mit Beharrlichkeit wurde die Forderung nach einem Verbot von gentechnisch veränderten Futtermitteln in Triesdorf durchgesetzt. Obwohl es in keinem Ausschuss eine Mehrheit für die ähnlich lautenden Anträge von SPD und Grünen gab, waren wir erfolgreich. Der öffentliche Druck nach der Presseberichterstattung war am Ende so groß, dass sich der Bezirkstagspräsident keine Abstimmungsniederlage im Bezirkstag leisten wollte. Am Morgen der vorletzten Sitzung 2011 gab er in seiner Funktion als oberster Chef der Landwirtschaftlichen Lehranstalten die Anweisung: In Triesdorf kriegt keine Sau, kein Rindvieh und kein Huhn mehr gentechnisch behandeltes Futter. Basta. Hurra!

Wir können noch viel zusammen machen

Vieles gäbe es noch anzusprechen: Kulturförderung, Denkmalschutz, Kinderfilmfestival, Fränkischer Sommer, Partnerschaftsarbeit, Freilandmuseum Bad Windsheim... Das kennt ihr aber alles. All das wird vom Bezirk gestaltet und finanziert. Darauf können wir stolz sein. Genauso wie auf die Qualität der sozialen Arbeit für und mit Menschen mit Behinderungen, auf die Arbeit in unseren Schulen, im Umweltbereich und im Landschaftspflegeverband. Der kümmert sich z.B. um die Wildpferde im Reichswald und um die blauflügelige Ödlandschrecke. Das ist alles viel zu wertvoll und viel zu schön, um es eine weitere Legislaturperiode lang der CSU zu überlassen. Wir können noch viel zusammen machen: Lasst uns gemeinsam für andere Mehrheiten kämpfen: Im Bundestag, im Landtag und im Bezirkstag. Ich bitte um eure Unterstützung.

Herzliche Grüße
Eure Gisela Niclas

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Oktober 2012
21. September 2012

Rudi Schwarzenbach zum 75. Geburtstag

Lieber Rudi, unsere Partei hat mich gebeten, Dir für uns alle im Monatsspiegel zum 75. Geburtstag zu gratulieren, was ich gern tue. Würdigungen anlässlich zurückliegender runder Geburtstage zeigen, wie hoch zu Recht die Rolle eingeschätzt wird, die Du in der Partei, in der Fraktion und als berufsmäßiger Stadtrat gespielt hast. So titelte Norbert Fuchs im Monatsspiegel 2002: „Rudi Schwarzenbach, die rote ‚Graue Eminenz‘, wird 65“, und Dietmar Habermeier gab seinem Beitrag zu Deinem 70. die Überschrift „Wegbereiter von SPD-Erfolgen“.

Und selbst Udo B. Greiner würdigte Dich an Deinem 70. in den Erlanger Nachrichten am 21. September 2007 auf Seite 1 des Lokalteils in einem Vierspalter mit der Schlagzeile „Ein politischer Strategie auf gelungener Gradwanderung“.

Die Erlanger SPD hat Dir 2010 ihre höchste Auszeichnung, die August-Bebel-Uhr verliehen. Sie würdigte damit Deinen ganz außerordentlichen Einsatz über mehrere Jahrzehnte und die dabei erworbenen Verdienste. Gleichzeitig bekundete sie damit aber auch in fairer Weise Respekt vor einem durchaus nicht immer bequemen Genossen, der wiederholt, wie andere auch, die Mehrheitsmeinung unseres Kreisverbandes nicht teilte, mutig dagegen hielt, aber eben fair und solidarisch blieb.

In meiner Laudatio bei der Übergabe der Bebel-Uhr am 21. November 2010 im Stutterheimschen Palais wählte ich die Leitaussage: „Rudi, der streitbare Versöhner“. Das klingt etwas widersprüchlich, ist es aber nicht, wenn man einmal mehr daran erinnert, was Dich so auffällig stark prägt: Es ist dies Deine Freude am Spiel, nicht nur, aber ganz besonders am Kartenspiel.

Diese, Deine Spielernatur hast Du auch in die Politik eingebracht. Politik wurde von Dir nie mit sturem Freund-Feind-Denken, sondern eben auch meist spielerisch betrieben. Aber wenn Dir die mit dem politischen Geschäft naturgemäß verbundene kontroverse Ausein-

andersetzung gelegentlich sogar Spaß gemacht hat, so stand doch immer vor allem Dein Bemühen um Ausgleich und Brückenbauen im Vordergrund.

Diese Haltung hat Dir viele Freunde und Sympathie in allen politischen Lagern eingebracht. Aus der Geschichte unserer Erlanger SPD der letzten 45 Jahre bist Du nicht wegzudenken. Du hast Deine vielfältigen Partei- und Fraktionsämter stets kompetent und – vom kurzen Jusovorsitz-Gastspiel einmal abgesehen – erfolgreich ausgeübt.

Du hast Dich, wie nur wenige Andere, 1965 beginnend, dann 1969 und ab 1972 in den beiden so erfolgreichen Bundestagswahlkämpfen und danach kontinuierlich bei allen Kommunalwahlkämpfen 1972, 1978, 1984 und 1990 mit ganzer Kraft und uneigennützig eingebracht. Dies mit Deinem

großen Wissen, großer Erfahrung, Deiner ausgeprägten Formulierungsgabe, Deinem Ideenreichtum und dem immer wieder aufblitzenden Schalk, der über manchen Tiefpunkt hinweghalf.

Die Stadtratsarbeit beginnend mit unserem großen Wahlerfolg 1972 hat dir großen Spaß gemacht. Besonders dann als Fraktionsvorsitzender von 1981 bis 1987 konntest Du Dein großes taktisches Geschick und die guten Kontakte zu allen im Stadtrat vertretenen Fraktionen zum Wohle der Stadt wirkungsvoll einbringen.

Als Vollblutpolitiker fiel es Dir eher schwer, das Stadtratsmandat nach der Wahl zum berufsmäßigen Stadtrat im Dezember 1987 aufzugeben und ab 1988 in die Stadtverwaltung einzutreten. Aber auch die dann folgenden 12 Jahre bis zu Deiner Pensionierung im Jahr 2000 wurden zum Erfolg. Deine bisherige Berufs- und Lebenserfahrung konntest Du gut in das breite Spektrum deiner Zuständigkeiten einbringen, die Zentrale Verwaltung mit dem Bürgermeisteramt, den besonders wichtigen Personalbereich sowie den Brand- und Katastrophenschutz. Durch Deine Kompetenz und Deine umgängliche Art auch in schwierigen Situationen hast Du Dir bald große Anerkennung er-

■ **Von Dr. Dietmar Hahlweg**
Altoberbürgermeister



worben. Das galt für den Stadtrat quer durch alle Fraktionen, das galt für das Personal und die Personalvertretungen und das galt für die breite Öffentlichkeit und die Medien.

Du hast dieses Amt, wie es unsere Gemeindeordnung vorsieht, als gegenüber dem Gesamtstadtrat verantwortlich und damit unparteiisch ausgeübt. Du hast aber nie Zweifel aufkommen lassen, dass Du überzeugter Sozialdemokrat bist. So hat Dich jeder respektiert und so hast Du neben der Stadt und ihren Bürgern auch dem Ansehen unserer Partei gedient.

Von den vielen, die in der Stadt und in der Partei Dir zu danken haben, bin ich es in ganz besonderem Maße: Da ist die große Hilfe, die Du mir zusammen mit Dietmar Habermeier u.a. in den fünf OB Wahlkämpfen 1971, 1972, 1978, 1984 und 1990 geleistet hast; da ist die besonders enge Zusammenarbeit während Deiner Zeit an der Spitze der SPD-Stadtratsfraktion in kommunalpolitisch und innerparteilich höchst schwierigen Zeiten – mit unseren täglichen Telefonaten begannen wir meist schon früh zwischen 7 und 8 – und da ist Deine Zeit als Referent im Rathaus, in der wir so manchen Samstag oder gar Sonntag gemeinsam im Rathaus verbracht haben, meist mit Dietmar Habermeier als weiterem Leidtragenden.

Lieber Rudi, unsere Erlanger Partei und Ihre Mitglieder, darunter auch der Alt-OB, gratulieren Dir von Herzen zu Deinem 75. Geburtstag. Wir wünschen Dir und Deiner Familie alles Gute, vor allem natürlich Gesundheit. Wir verbinden damit den erneuten Dank für das, was Du für unsere Stadt und unsere Partei nachhaltig geleistet hast. Wir wünschen uns ein weiter engagiertes Parteimitglied Rudi Schwarzenbach. Wir wissen, dass es Dir dabei wichtig ist, dass sich alle Gruppen in unserer Partei ernst genommen fühlen, weil Du aus Erfahrung weißt: Nur bei geschlossener Breite des ganzen Spektrums unserer Partei waren und sind wir erfolgreich.

Arbeitskreis „Frieden und Internationalismus“

Wir treffen uns wieder am

**Mittwoch, 19. September,
20 Uhr im August-Bebel-
Haus**

Nach der Diskussion aktueller Fragen und Probleme wollen wir unsere Arbeit entlang einer strukturierten Stoff- und Fragensammlung fortsetzen (auf meiner Homepage www.fen-net.de/dr.helmut.pfister unter „Internationalismus reloaded“).

Diesmal: Fortsetzung der Diskussion zum Abschnitt 1: Fakten und Hintergründe

Wir laden alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht, herzlich ein, mitzuarbeiten, mitzudiskutieren oder auch nur erstmal zuzuhören, je nach Gusto.

Helmut Pfister

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

**Mittwoch, 26. September,
20 Uhr im August-Bebel-
Haus**

Themen:

- Aktuelles
- Kommunalpolitisches Programm 2014: Wir beginnen mit der Diskussion des Abschnitts „Arbeit und Wirtschaft“ des gültigen Programms von 2008. Dazu wollen wir uns auch die „Sozioökonomischen Strukturdaten Erlangen“ wieder anschauen (auf meiner Homepage www.fen-net.de/dr.helmut.pfister).

Wie jeder Arbeitskreis des Kreisverbands ist auch der WiPo-AK natürlich offen für alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht. Wir freuen uns über jede/n, die/der mitarbeiten, mitdiskutieren oder auch nur erstmal zuhören will.

Helmut Pfister

Klares Votum: Philipp Dees soll SPD-Landtagsabgeordneter werden

Bei der Kreismitgliederversammlung im Juli wurden die personellen Weichen für die Landtagswahl 2013 gestellt. Dabei setzte sich der Juso-Landesvorsitzende und Energieexperte Philipp Dees klar gegen seinen Mitbewerber, den stellvertretenden Kreisvorsitzenden und Rechtsanwalt Dirk Goldenstein durch. Zwei Drittel der 84 anwesenden stimmberechtigten Mitglieder votierten für Dees. Beide Kandidaten hatten die Gelegenheit zur persönlichen Vorstellung, in der sie ihre Positionen für die anstehenden Wahlen verdeutlichten. In einer Reihe von Redebeiträgen der offen und fair geführten Debatte wurde die Qualität und Eignung beider Kandidaten betont und herausgestellt.

„Wir haben 2013 eine große Chance: Wir können in Bayern mit Christian Ude an der Spitze die Regierung stellen. Und wir können für Erlangen wieder ein Landtagsmandat gewinnen. Wir können das erreichen, weil die SPD gut aufgestellt ist. Weil wir inhaltlich überzeugen können. Weil wir einen Spitzenkandidaten haben, dem die Menschen vertrauen. Und weil es in Bayern den Wunsch



gibt, dass Bayern anders wird: Gerechter, ökologischer und demokratischer“, so Philipp Dees in seiner Vorstellung.

Endgültig nominiert wird der SPD-Landtagskandidat bei einer Stimmkreis-konferenz am 18. Oktober. Dort wählen neben 39 Delegierten aus Erlangen auch vier Delegierte aus Möhren-dorf und Heroldsberg mit.

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im September Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr Alles Gute!

- 01.09. Harald Krebs
71 Jahre
- 03.09. Wolfgang Schwerna
71 Jahre
- 04.09. Rainer Tanner
60 Jahre
- 04.09. Martin Strickroth
82 Jahre
- 05.09. Manfred Preuß
75 Jahre
- 14.09. Kurt Steinmüller
78 Jahre
- 15.09. Hartmut Wiechert
72 Jahre
- 18.09. Axel Röhrborn
73 Jahre



- 18.09. Walter Krumpholz
72 Jahre
- 21.09. Rudolf Schwarzenbach
75 Jahre
- 24.09. Karlheinz Eger
79 Jahre
- 26.09. Manfred Felten
72 Jahre

Martina Stamm-Fibich für den Bundestag nominiert

Mit 93 Prozent der Stimmen ist Martina Stamm-Fibich durch die Wahlkreis-konferenz der SPD zur Bundestagskandidatin 2013 nominiert worden. Für Stamm-Fibich ist es nach 2009 die zweite Kandidatur, diesmal kann sie mit einem aussichtsreichen Platz auf der Landesliste rechnen.

Martina Stamm-Fibich ging in ihrer Bewerbungsrede vor allem auf ihr Schwerpunktthema „ArbeitnehmerInnen“ ein – ein Gebiet, in das sie ihre Erfahrungen als Betriebsrätin bei Siemens Health Care einbringt. So will sich Martina Stamm-Fibich im Bundestag für den Mindestlohn einsetzen – „Ein Gebot nicht nur der Gerechtigkeit, sondern auch der ökonomischen Vernunft“ –, aber auch für eine striktere Regulierung von Leiharbeit und befristeter Beschäftigung eintreten. Insgesamt gelte: „Es muss selbstverständlich sein, dass Men-

schen von einer Vollzeitstelle vernünftig leben können.“

Martina Stamm-Fibich ging aber auch auf das Thema Familienpolitik ein, wo sie sich klar gegen das von schwarz-gelb geplante Betreuungsgeld aussprach und stattdessen den Ausbau von Kinderbetreuung einforderte. Vor Ort will sie sich für die Realisierung der Stadt-Umland-Bahn einsetzen.

Für Stamm-Fibich warb auf der Konferenz unter anderem die frühere Bundesfamilienministerin Renate Schmidt. Stamm-Fibich kenne als Betriebsrätin die Sorgen und Fragen von Arbeitneh-



Martina Stamm-Fibich 2009 mit dem SPD-Landesvorsitzenden Florian Pronold und Heide Mattischeck (Foto: Günter Laurer)

mern. Und sie wisse, was es bedeute, Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen. Damit, so Renate Schmidt, sei Martina Stamm-Fibich bestens als Bundestagsabgeordnete geeignet.

Der Monatsspiegel wird 40

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, ein Jubiläum wäre beinahe unbemerkt verstrichen, hätte uns Heide Mattischeck nicht darauf aufmerksam gemacht: Vor 40 Jahren wurde im September der Monatsspiegel der Erlanger SPD geboren. Damit löste er die per Post versandten, an alle Mitglieder adressierten Einladungen ab, die teilweise jeden zweiten Tag bei den GenossInnen eintrafen.

Seitdem sind – bei meist zehn Ausgaben im Jahr – etwa 400 Ausgaben produziert worden. Vieles hat sich dabei verändert. Anfangs wurden die Artikel zum Teil handgeschrieben eingereicht und vom Redaktionsteam rund um Dietmar Habermeier abgetippt. Dann wurden im alten Parteibüro (Ecke Henkestraße/Nürnberger Straße) die kopierten Seiten in Stapeln ausgelegt und von den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern im kilometerlangen Tischemunden zusammengelegt und geheftet – 1000 Stück wurden so für die Mitglieder per Hand hergestellt. Undenkbar wäre dies heute. Zum Glück hat der technische Fortschritt eine Produktion möglich gemacht, die einen geringeren Verschleiß an Schuhsohlen beansprucht.

Daran haben in den 40 Jahren seines Bestehens vor allem die Chefredakteure bzw. die Referenten für den Monatsspiegel maßgeblich mitgewirkt. Viele Arbeiten konnten auch ausgelagert werden. So übernahm das Schreibbüro Hürbinger 1989 einen Teil der Schreibarbeiten, bis die „Computerisierung“ so weit war, dass keine Artikel mehr abzutippen waren. Der professionelle Druck erfolgt heute durch die Firma Gutenberg Druck in Uttenreuth. Mit Hilfe des Computers und entsprechender Software kann ein einheitliches, gut lesbares Druckbild hergestellt werden.

Unverändert aber sind weiterhin die Herzstücke der Arbeit: Die Genossinnen und Genossen, die sich die Mühe machen, Artikel, Leserbriefe, Einladungen und Diskussionsbeiträge zu schreiben,; ohne sie gäbe es nichts, was den Monatsspiegel lesenswert macht. Die Distrikte teilen Termine mit und geben Protokolle zur Kenntnis, die Arbeitsgemeinschaften berichten von ihrer Arbeit, der Kreisvorstand lädt zu Sitzungen ein und veröffentlicht Beschlüsse. Dank an dieser Stelle an all die fleißigen Produzenten von Texten und Bildern!

■ **Von Sandra Radue**
stellvertretende Kreisvorsitzende



In unzähligen Nachtstunden und Wochenenddiensten haben in den letzten 40 Jahren nach Redaktionsschluss die Monatsspiegel-Referenten diese Texte zu einem druckfertigen Ergebnis gebracht. Ihnen gilt der besondere Dank des Kreisvorstandes: Dietmar Habermeier, Gerd Peters, Günther Dingfelder, Lürer Rietzsch, Wolfgang Peter und Philipp Dees. Ohne ihre Arbeit gäbe es keinen Monatsspiegel.

Was nutzt aber ein druckfrischer Monatsspiegel, wenn er nicht zu den Mitgliedern gelangt? Hier greift die SPD auf eine einzigartiges Helfersystem zurück, dass nun schon 40 Jahre funktioniert und uns hilft, enorme Portokosten zu sparen. In den Distrikten stehen zahlreiche Verteiler zur Verfügung, die dafür sorgen, dass unsere Mitgliedszeitschrift in deinem Briefkasten, liebe Leserin, lieber Leser, landet. Herzlichen Dank dafür!

Nachruf für Monica Lochner-Fischer

Am 3. August 2012 verstarb die langjährige Landesvorsitzende der AsF Bayern, Monica Lochner-Fischer, im Alter von 60 Jahren. Von 1994 bis 2006 hat sie die bayerische AsF geführt und nachhaltige Zeichen gesetzt. Sie war streitbar, hartnäckig, manchmal dickköpfig, aber immer geradlinig, das konnten wir auch bei Veranstaltungen in Erlangen erleben.

Neben der Frauenpolitik war einer ihrer Schwerpunkte die Haushalts- und Finanzpolitik. Sie wusste genau, was für ein mächtiges politisches Steuerinstrument der Haushalt ist und sie hat diese Erkenntnis immer im Dienste der Gleichstellung eingesetzt. Finanzielle Unabhängigkeit war ihr unabdingbare Voraussetzung für ein gleichgestelltes Leben. Konsequenter kämpfte sie daher für Lohngleichheit und für Erhalt und Ausbau der staatlichen sozialen Sicherungssysteme.

Als AsF-Landesvorsitzende hat sie – wie ihre Vorgängerin Uschi Pausch-Gruber – an einem bayerischen Frauennetzwerk geknüpft und in vielen anderen Frauenorganisationen Verbündete gesucht und gefunden.

Sich in der AsF zu exponieren, ist im Allgemeinen kein Karrieresprungbrett. Monica Lochner-Fischer hat dennoch mit vollem Engagement für die Positionen der AsF gekämpft, bis es ihr Gesundheitszustand 2006 nicht mehr zuließ.

Die bayerische AsF hat Monica Lochner-Fischer viel zu verdanken. Wir werden sie nicht vergessen.

Für die AsF Erlangen
Hildegard Gröger

Linkes Forum in der SPD Erlangen

Wir laden alle interessierten Genossinnen und Genossen ein zum

**Diskussionsabend
am Freitag, 21. September,
20 Uhr in der Gaststätte „Orpheus“, Luitpoldstr. 25, Nebenzimmer**

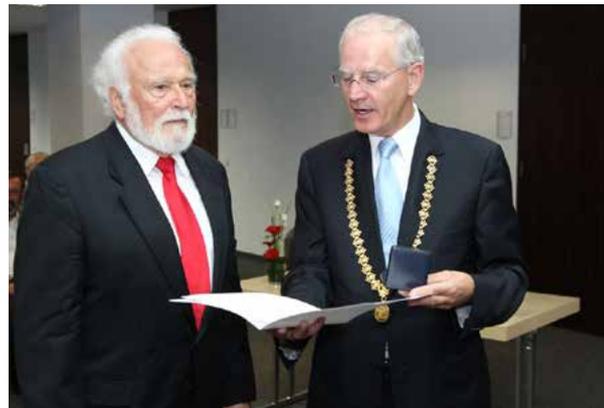
Hildegard Gröger, Helmut Pfister

Bürgermedaille für Helmut Pfister und Remzi Güneysu

Anfang Juli hat die Stadt Erlangen zwei verdiente Bürger mit der Bürgermedaille ausgezeichnet: Helmut Pfister und Remzi Güneysu.

Remzi Güneysu wurde für sein vielfältiges Engagement für die Integration geehrt. So war er als Sprecher der Islamischen Religionsgemeinschaft Erlangen e.V. führend an der Einführung des islamischen Religionsunterrichts an Erlanger Schulen beteiligt. Aber auch überregional hat er die Interessen eingewanderter Bürgerinnen und Bürger vertreten.

Helmut Pfister wurde vor allem für sein langjähriges Engagement als Stadtrat, aber auch darüber hinaus in der Kommunalpolitik geehrt. Oberbürgermeister Siegfried Balleis hob unter anderem auch das Engagement im Agenda-21-Beirat und als Personalrat an des Universitätsklinikums hervor. Dabei würdigte er das Engagement



Übergabe der Bürgermedaille an Helmut Pfister

Helmut Pfisters für Nachhaltigkeit, Umweltschutz und die Energiewende, aber auch in der Friedenspolitik. So habe Helmut Pfister ihn davon überzeugt, selbst in die Erlanger Partnerstadt San Carlos in Nicaragua zu fahren, was eine wichtige Erfahrung gewesen sei. Auch sei Helmut Pfister schon früh für eine ökologische Stadtentwicklung eingetreten.

Die Erlanger SPD gratuliert beiden Geehrten herzlich!

Gisela Niclas mit der kommunalen Verdienstmedaille geehrt

Die Stadt- und Bezirksrätin Gisela Niclas ist im Rahmen einer Feierstunde mit der kommunalen Verdienstmedaille in Bronze geehrt worden. Gleichzeitig erhielt die Leiterin des „Amtshauschuppflas“ in Frauenaarach, Jutta Triantafyllidis, das Ehrenzeichen des Bayerischen Ministerpräsidenten.

Mit der Auszeichnung wurde das umfassende kommunalpolitische Engagement von Gisela Niclas geehrt, unter anderem als Zweite Bürgermeisterin und Sozialreferentin von 1990 bis 1996 und als Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion (1996 bis 2008).

Besonders hervorgehoben wurde in der Laudatio ihr Eintreten für eine „Politik der Chancengleichheit und des Miteinanders“. Dieses Ziel prägt neben



Gisela Niclas (Mitte) mit (von links) Stadtrat Robert Thaler, Stadtrat Norbert Schulz, Wolfgang Niclas, Stadträtin Birgit Hartwig und Fritz Körber, Vorsitzender der Bezirkstagsfraktion.

der Arbeit in den kommunalpolitischen Mandaten auch ihre Tätigkeit als Vorsitzende des Arbeiter-Samariter-Bundes und der Naturfreunde in Erlangen.

Die Erlanger SPD gratuliert herzlich!

Wir brauchen endlich Politik für sozialen Ausgleich in Bayern!

Zu Beginn der Sommerpause hat Sozialministerin Haderthauer überraschend den dritten Bericht zur sozialen Lage in Bayern vorgestellt. Während es den Sozialverbänden und der Landtagsopposition durch die beginnende Urlaubszeit erschwert wurde zu reagieren, zündete die Bayerische Staatsregierung ein PR-Feuerwerk: Der Sozialbericht zeige, dass Bayern im Bundesvergleich hervorragend dastehe. Die Wahlkampfretorik verdeckt jedoch, was ein zweiter Blick in den Bericht offenbart: Auch in Bayern ist die soziale Lage alles andere als rosig.

Zunehmende Spaltung auf dem Arbeitsmarkt

Im Berichtszeitraum hat sich die Spaltung auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärft. Mittlerweile arbeitet fast jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte im Niedriglohnbereich. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten ist seit 2003 um 28 Prozent gestiegen und damit stärker als im Bundesdurchschnitt.

Hinter diesen Zahlen stecken teils skandalöse Zustände. So konnte ich im Landtag jüngst eine Gruppe von Arbeitern aus einem Schlachthof in Waldkraiburg empfangen. Diese stammen größtenteils aus dem EU-Ausland und bekommen durch ein Subunternehmen einen Monatslohn von unter 200 EUR ausgezahlt.

Doch das Problem atypischer Beschäftigungsverhältnisse betrifft längst nicht mehr nur den Niedriglohnbereich: Die Zahl der befristeten Arbeitsverträge, die die Unsicherheit von Beschäftigten steigern und insbesondere jungen Menschen die Lebensplanung erschweren, nahm in Bayern in den letzten Jahren um 70 Prozent zu. 38 Prozent der Menschen sind von „Kettenbefristungen“ betroffen.

Verschärfte Armut droht

Die Situation auf dem bayerischen Arbeitsmarkt droht das heute bereits drängende Problem der Armut in den kommenden Jahren zu verschärfen: Lag die Armutsgefährdungsquote in Bayern

2009 noch bei 11,1 Prozent, ist sie 2010 auf 13,8 Prozent gestiegen. Nicht zuletzt alte Menschen sind stark betroffen: So ist in Bayern mittlerweile jeder fünfte Mensch über 65 Jahren von Altersarmut gefährdet; der Anteil bei alleinstehenden Frauen liegt sogar bei 28,3 Prozent.

Es muss gehandelt werden!

Der von Sozialministerin Haderthauer angestrebte Vergleich mit ande-



Gemeinsam mit Landtagsvizepräsident Franz Maget nahm Angelika Weikert jüngst eine Petition von Arbeitern aus dem Schlachthof Waldkraiburg entgegen. Sie kämpfen gegen skandalöse Arbeitsbedingungen.

■ **Von Angelika Weikert MdL**
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen



ren Bundesländern verschleiert die schon länger erkennbaren Probleme in Bayern und hilft den betroffenen Menschen nicht weiter. Bereits nach Veröffentlichung des zweiten Sozialberichts hat Ministerpräsident Seehofer unter Leitung des ehemaligen bayerischen DGB-Vorsitzenden Fritz Schösser eine Expertenkommission zur Erarbeitung konkreter Maßnahmen einberufen. Doch die Vorschläge zur Prävention von (Alters-)armut, z.B. durch die Herstellung von Lohngleichheit im Bereich der Zeitarbeit oder durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, verstauben in den Schubladen der Staatsregierung. Das muss sich ändern: Denn die Sozialberichterstattung ist kein Wahlkampfinstrument. Vielmehr macht sie die Politik auf Problemfelder aufmerksam, in denen dringend gehandelt werden muss.

Beschneidung missachtet Kinderrechte

Liebe Genossinnen und Genossen, in den letzten Wochen fand eine lebhaft Diskussions darüber statt, ob die Richter des Kölner Landgerichts sachgerecht entschieden haben, indem sie eine nicht medizinisch begründete Beschneidung von Jungen als Körperverletzung gewertet haben.

Als Kinderbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion begrüße ich das Urteil der Kölner Richter ausdrücklich, weil es eindeutig darlegt, dass die Beschneidung von Jungen auf Verlangen der Eltern weit über die Ausübung des Elternrechts hinausgeht und auch durch das Grundrecht auf Religionsfreiheit nicht gedeckt ist. Es verstößt vielmehr gegen das grundgesetzlich garantierte Recht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit.

Eine Beschneidung, die ohne die Einwilligung eines Kindes und ohne medi-

■ **Von Marlene Rupprecht MdB**
Betreuungsabgeordnete für den Wahlkreis Erlangen



zinische Notwendigkeit vorgenommen wird, ist aber nicht nur ein Verstoß gegen ein verfassungsmäßiges Schutzrecht. Es missachtet fundamentale Zielsetzungen der UN-Kinderrechtskonvention wie das Recht auf Gesundheit und den Schutz vor Gewaltanwendung.

Eine generelle Straffreiheit für Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit Schutzbefohlener aus religiösen Gründen wäre geradezu die Aufforderung, auch andere Methoden körperlicher Einflussnahme und Züchtigung mit religiösen Begründungen zu rechtfertigen. Dem stehen die UN-Kinderrechte eindeutig entgegen.

Niedriglöhne sind weiblich – was tut Frau von der Leyen?

Presseerklärung der Bundesvorsitzenden der AsF, Elke Ferner, zu einer Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes zur Verdienstsituation von Männern und Frauen

Nun ist es amtlich: Niedriglöhne sind weiblich. Wer jetzt einen Aufschrei der zuständigen Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen erwartet, kann lange warten. Es ist ein Armutszeugnis, dass Menschen, die erwerbstätig sind, häufig sogar Vollzeit arbeiten, so wenig verdienen, dass sie nicht davon leben können. Altersarmut ist damit vorprogrammiert.

Die Verdiensterhebung ist ein Spiegel der gespaltenen Wirtschafts- und Beschäftigungssituation in unserem Land. Es gibt deutliche Unterschiede: Zwischen Männern und Frauen, Osten und Westen, Menschen mit oder ohne Ausbildung, in einem Betrieb mit oder ohne Tarifbindung, je nach Branche.

Fast jede/r zweite geringfügig Beschäftigte verdiente 2010 unter 8,50 Euro. In Ostdeutschland verdiente mehr als jede/r fünfte Beschäftigte unter 8,50 Euro, im Westen etwa jede/r zehnte. 60 Prozent derjenigen, die unter 8,50 Euro verdienten, waren Frauen. Prototyp ist eine Frau, die im Westen lebt, im Einzelhandel oder in der Gebäudereinigung geringfügig beschäftigt ist: Sie trägt ein enormes Risiko, weniger als den von uns geforderten Mindestlohn von 8,50 Euro zu verdienen.

Gerade bei Minijobs liegt der Stundenlohn in den meisten Fällen unter dem von Teilzeit oder Vollzeitbeschäftigten, nur deshalb, weil es sich um einen Minijob handelt. Das ist zwar nicht erlaubt, aber gängige Praxis.

Im Osten fallen selbst die Löhne von Vollzeitbeschäftigten unter die 8,50-Euro-Marke. Dies trifft häufig auch Männer und Beschäftigte mit Berufsausbildung.

Diese Zahlen sind unerhört. Es ist ein Armutszeugnis, dass Menschen, die erwerbstätig sind, häufig sogar Vollzeit, so wenig verdienen, dass sie nicht davon leben können. Die Altersarmut ist damit vorprogrammiert.

Was macht Frau von der Leyen? Nichts!

Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn sowie eine gesetzliche Regelung zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern können diese Kluft verrin-

gern. Außerdem muss die sogenannte geringfügige Beschäftigung neu geregelt werden. Die von der schwarzgelben Koalition angekündigte Aufstockung der Geringfügigkeitsgrenze bei Minijobs von 400 auf 450 Euro verschärft das Problem allerdings noch. Sie darf nicht Wirklichkeit werden.

Wenn Frau von der Leyen nicht endlich für mehr Geschlechtergerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt sorgt, ist sie genauso wie ihre Kollegin Kristina Schröder im Frauenministerium eine Fehlbesetzung.



Bild: SPD-Fraktion

Gerechte Besteuerung jetzt!

Liebe Genossinnen und Genossen, Die deutsche Steuerquote ist 1975 bis 2011 von 24 Prozent auf 21 Prozent gesunken. Selbst unter Berücksichtigung des zwischenzeitlichen Wachstums des BIP standen 2009 nach Abzug der Zinsen und des Zuschusses zu den Sozialversicherungen 25 Prozent weniger Mittel zur Verbesserung der Infrastruktur zur Verfügung als 1990.

Zusätzlich wurde auch die Verteilung der Steuerlasten in Deutschland immer ungerechter: Hohe Einkommen, Vermögen und Kapitalerträge leisten einen international vergleichsweise zu geringen Beitrag für die Finanzierung des Gemeinwesens. Dabei verfügen zehn Prozent der Bevölkerung gemäß Berechnungen des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) über zwei Drittel des Vermögens.

Ich begrüße es deshalb sehr, dass vor kurzem ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Nicht-Regierungsorganisationen einen neuen Vorstoß für eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen, großer Erbschaften, finanzstarker Unternehmen und von Kapitalerträgen sowie eine dauerhafte Wiedereinführung der Vermögensteuer initiiert hat. Ziel ist es, die öffentliche Infrastruktur zu erhalten und die öffent-

Von Marlene Rupprecht MdB
Betreuungsabgeordnete für
den Wahlkreis Erlangen

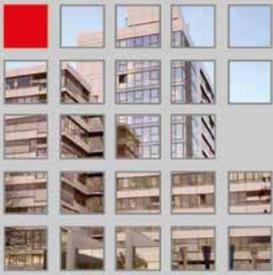


lichen Haushalte angesichts der Schuldenkrise nachhaltig zu stärken.

Sogar das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat inzwischen dafür plädiert, die hohen Staatsschulden mit Zwangsanleihen und Vermögensabgaben zu finanzieren. Zur Kasse gebeten werden sollen Bürger mit einem Vermögen ab 250.000 Euro. Eine zehnpromtente Abgabe würde dem Staat laut DIW 230 Milliarden Euro bringen.

Die von SPD und Grünen geführten Bundesländer Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hamburg werden nach der Sommerpause einen Gesetzentwurf zur Wiedereinführung einer einprozentigen Vermögensteuer auf Großvermögen über 2 Mio. Euro in den Bundesrat einbringen. Alleine sie wird nach DIW-Berechnungen Einnahmen von jährlich 11,5 Milliarden Euro bringen.

Ich bin überzeugt: Ein gerechtes Steuersystem ist ein Beitrag zum sozialen Patriotismus in unserem Land!



RATHAUS TELEGRAMM

Seite 2

DER „NEUE FRANKENHOF“

Die ersten Pläne liegen vor

Seite 3

SCHUTZ FÜR GBW-MIETERINNEN

Wohnungen müssen in öffentlicher Hand bleiben!

STADT-UMLAND-BAHN

JETZT WIRD ES ERNST!

Die Gegner des Projektes zögern die Entscheidung für eine Stadt-Umland-Bahn immer weiter hinaus. Für die SPD ist klar: wir müssen diese Chance nutzen und endlich die Weichen pro StUB stellen!

Zweimal wurde die Entscheidung über die Stadt-Umland-Bahn nun bereits verschoben. Über die Sommerpause haben die Gegner dieses innovativen Verkehrsmittels jetzt noch einmal Zeit zum Nachdenken. Ende September wird dann entschieden, ob in Erlangen in Sachen Stadtentwicklung endlich ein Gang höher geschaltet wird oder ob bei der Verkehrssituation alles so bleibt wie bisher.

Für die SPD ist klar: Die StUB zwischen Nürnberg, Erlangen, Herzogenaurach und Uttenreuth ist die richtige Antwort auf den täglichen Verkehrskollaps und stellt die Weichen für eine gesunde ökonomische und ökologische Weiterentwicklung unserer Stadt. Die Bahn verbindet die großen Arbeitgeber der Region mit den Wohngebieten, schafft eine attraktive Verbindung für die Studierenden in Nürnberg und Erlangen, verlagert den Autoverkehr auf die Schiene und entlastet so die Bürgerinnen und Bürger vom Verkehr und nutzt zudem Klimaschutz und Energiewende. Die Argumente können zahlreich fortgesetzt werden: eine StUB verbindet die Städte in der Metropolregion, schafft neue Möglichkeiten der Stadtentwicklung wie bei der Ansiedlung von Gewerbe oder der Entwicklung weiterer Wohngebiete, ...

Das Gegenkonzept zur StUB, ein regional-optimiertes Bussystem ist aus Sicht der SPD keine echt Alternative. Schon heute können die Busse in der Innenstadt den

Verkehr kaum noch abwickeln. Weitere Busse, die auch im Stau stehen sind hier keine Lösung. Und eine Lösung, die keine ist, wird auch dadurch nicht zu einer Alternative, dass sie weniger Geld kostet. Vor allem, wenn dabei nicht bedacht wird, dass auch für dieses System eine neue Trasse benötigt wird und nur schienegebundene Systeme förderfähig sind! Noch ein Wort zu Finanzierung: natürlich sind 6,5 Millionen Euro pro Jahr keine Kleinigkeit. Die entscheidende Frage ist aber, ob der Verzicht auf diese Investition die Stadt nicht am Ende teurer kommen wird. Denn die großen Arbeitgeber der Region sehen die StUB als einen wesentlichen Standortfaktor. Ohne sie verliert die Region und unsere Stadt an Attraktivität. Dies kann sich negativ auf die Ansiedlung von neuen Unternehmen auswirken oder sogar die Abwanderung von ansässigen Unternehmen befördern. Im Vergleich dazu sind 6,5 Millionen Euro nicht viel Geld. Die SPD-Fraktion hat das Finanzreferat aufgefordert, konkrete Szenarien zu entwickeln, wie die StUB zu finanzieren ist. Es wird ein Mix aus Einnahmesteigerungen, Investitionsstreckung und maßvoller Neuverschuldung notwendig sein, um dieses Zukunftsprojekt in unserer Stadt umsetzen zu können.

Bilden Sie sich selber eine Meinung zur StUB und diskutieren Sie mit!

*** BürgerInitiative für Umweltverträgliche Mobilität im Schwabachtal:
www.stub-jetzt.de**

***Infos der VGN:
<http://www.vgn.de/90fa6d39-9962-5490-c011-4485ead50208>**

*** Diskussionsforum der Stadt Erlangen:
<http://www.erlangen.de/InstantForum/>**

DER „NEUE FRANKENHOF“

DER NEBEL UM DAS KÜNFTIGE INNENSTADTZENTRUM FÜR KULTURELLE BILDUNG LICHTET SICH!

Die Kulturausschuss-Mitglieder der SPD-Fraktion und Vorsitzender Dr. Florian Janik trafen sich mit dem Leiter des Frankenhofs, Tassilo Schäfer, zu einem ersten Überblick über die Grobplanung des „Neuer Frankenhof“. Dabei konnte Herr Schäfer als sichere zukünftige Nutzer bereits die städtische Sing- und Musikschule (SMS), das Deutsch-Französische Institut, die Jugendkunstschule und voraussichtlich Teile der VHS und den Bereich der Stadtteilkultur nennen; weiterhin wird auch die Nutzung durch Vereine (allerdings mit Mehrfachbelegung der einzelnen Räume) eingeplant. Dabei werden für die SMS „instrumenten-kompatible“ Musikkabinen eingerichtet werden, die auch schulisch genutzt werden können, wenn die Notwendigkeit besteht. Ein neues Servicebüro für alle städtischen Kulturangebote soll den Zugang zu Informationen, der Anmeldung zu Kursen und das Buchen von Räumen und Veranstaltungen erleichtern.



Sehr erfreulich für alle Anwesenden: Die Statik-Untersuchung ergab einen soliden und belastbaren Bau! Der vielen Erlangern ans Herz gewachsene Frankenhof kann also stehen bleiben und eventuell sogar noch um einen Saal erweitert werden! Der Turm soll in zwei Stockwerken Verwaltungsräume aufnehmen, die übrigen

Geschosse sollen Jugendgästehaus bleiben. Birgit Hartwig, jugendpolitische Sprecherin, begrüßte sehr, dass damit insbesondere für SchülerInnen der Berufsschule im Blockunterricht und StudentInnen zu Semesterbeginn Übergangswohnmöglichkeiten geboten werden, und dass auch Besucher aus Partnerstädten hier preiswert unterkommen können.



Die Fraktion der SPD setzt sich seit Jahren dafür ein, dass der Frankenhof ein beliebtes und gerne genutztes Zentrum der Begegnung im Herzen der Innenstadt bleibt. Ursula Lanig, kulturpolitische Sprecherin ist überzeugt: „Durch eine Modernisierung mit Augenmaß, durch attraktivere Räume und eine sinnvollere Belegung werden wir die Kooperation von Bereichen, die sich für Kultur und Zusammenleben in Erlangen engagieren, erleichtern und verbessern.“ Die Begeisterung Tassilo Schäfers für „sein Haus“ weist einen guten Weg in die Zukunft, wenn mit der Sanierung und Neuordnung des Hauses endlich ernst gemacht und der „Entwicklungsplan öffentlich-kultureller Gebäude“ - verabschiedet 2009! - umgesetzt wird. Für Fraktionsvorsitzenden Florian Janik ist klar: „Wir wollen den neuen Frankenhof - die SPD wird sich für die Neukonzeption und zügige Sanierung des Frankenhofs einsetzen!“ ■

DIE BAHN KOMMT! - DIE MAUER AUCH?

LÄRMSCHUTZ IN ERLANGEN

Montag, den 1. Oktober 2012 um 19 Uhr im E-Werk

Es informieren:

Martin Burkert, MdB

Dr. Florian Janik, Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion
und Experten der deutschen Bahn

SPD FORDERT SICHERHEIT FÜR MIETERINNEN

GBW-WOHNUNGEN MÜSSEN IN ÖFFENTLICHER HAND BLEIBEN!

Die Sendung „quer“ des bayrischen Rundfunks vom 14.06.2012 können Sie hier herunterladen: <http://www.br-online.de/podcast/video-download/bayerisches-fernsehen/mp3-download-podcast-quer.shtml#>

Die Fakten sind lange bekannt: Die bayerische Landesbank unter „Aufsicht“ des CSU-geführten bayerischen Finanzministeriums verzockt Milliarden mit dem völlig übersteuerten Ankauf der österreichischen Hypo-Alpe-Adria. Die Staatsregierung überweist der BayernLB 10 Milliarden, um deren Zusammenbruch zu verhindern. Sie will dieses Geld aber wieder zurückhaben. Da kommt ihr die Forderung der EU-Kommission sehr gelegen. Diese wittert Wettbewerbsverzerrung und verlangt, dass sich die BayernLB von allem trennt, was nicht zum Bank-Kerngeschäft gehört. Sie muss u.a. ihren 92%-Anteil am Wohnungsunternehmen GBW AG verkaufen. Bayernweit sind 30.000 Wohnungen betroffen, davon allein 2.400 in Erlangen. Den Mieterinnen und Mietern samt ihren Familien droht die Übernahme durch private Investoren („Heuschrecken“), für die die GBW-Immobilien lediglich Rendite- und Spekulationsobjekte sind. Für Tausende von Menschen, die auf preiswerten Wohnraum angewiesen sind, wurden mit dem Verkaufsdruck auf die BayernLB massive Ängste erzeugt. „Damit aber nicht genug“, so SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Florian Janik, „ihr Grundrecht auf eine sichere und bezahlbare Wohnung soll nun auf dem Markt verhökert werden, um die BayernLB und den Staatshaushalt zu sanieren“.

Auf Antrag der SPD hat der Erlanger Stadtrat die städtische Gewobau beauftragt, alle wirtschaftlich vertretbaren Möglichkeiten auszuschöpfen, um gemeinsam mit den betroffenen Großstädten in Bayern bzw. den kommunalen Wohnungsbauunternehmen die Wohnungen zu erwerben. Zu einer Info-Veranstaltung der SPD kamen weit über 300 GBW-MieterInnen. Ermutigt

und unterstützt durch Landtagsabgeordnete Angelika Weikert und die SPD-Stadträte Dr. Florian Janik und Gisela Niclas nahmen die MieterInnen ihre Interessen selbst in die Hand. Wie die MieterInnen in Nürnberg und München schickten sie Petitionen an den Landtag und traten im Fernsehen auf. Die Erlanger GBW-MieterInnen organisierten eine Bürgerfragestunde im Stadtrat, bei der der OB sich herausredete, was garnicht gut ankam. Sie fordern den Ankauf durch die Kommunen und Verbesserungen des Mieterschutzes durch Einzelverträge, denn nur das ist juristisch belastbar. Sie zitieren die Landtagsabgeordneten aller politischen Couleurs in den vollen Redoutensaal und stellen v.a. der CSU unbequeme Fragen.

Und sie haben Erfolg: Der CSU-Finanzminister, der lange behauptet hat, die EU verbiete einen Verkauf an die Kommunen, wird durch das Dementi der EU-Kommission der Lüge überführt. Der CSU-Ministerpräsident verspricht aufgrund des öffentlichen Drucks verbesserten Mieterschutz („Sozialcharta plus“): Alle Mietverträge sollen vor dem Verkauf ergänzt werden. Kurz darauf die präsidiale Kehrtwende: Keine sofortigen Zusatzverträge, die Käufer sollen lediglich später dazu verpflichtet werden. Auch die Zusage der Bayerischen Staatsregierung, den Wortlaut des Abkommens mit der EU-Kommission zu veröffentlichen, wurde bisher nicht eingehalten. „Dieses Spiel mit den Ängsten der MieterInnen ist menschenfeindlich“, so Gisela Niclas, sozial- und wohnungspolitische Sprecherin der SPD im Erlanger Stadtrat. Die SPD in Bayern und Erlangen steht weiter an der Seite der Mieterinnen und Mieter und für einen Verbleib der GBW-Wohnungen in öffentlicher Hand. ■

SIND AUCH SIE BETROFFEN?

Kontakt zur Initiative können Sie entweder über unser Büro aufnehmen oder Sie wenden sich direkt an

Frau Helga Sirotek
helga.sirotek@nefkom.net

Hans-Geiger-Str. 39
09131/ 36862 oder

91052 Erlangen

Frau Anja Barth
Barth_Anja@web.de

Wehnelstr. 27
09131/ 14642

91052 Erlangen



NOVELLIERUNG DES BAYKiBiG

FACHGESPRÄCH IN ERLANGEN

„Frau Haderthauer muss bei der anstehenden Novellierung des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) die Sorgen der Kinderbetreuungseinrichtungen und der Träger endlich ernst nehmen!“

„Es ist an der Zeit, für eine verbesserte personelle Ausstattung der Träger und für mehr Transparenz zu sorgen“, so das einhellige Fazit aus einem Fachgespräch, zu dem Angelika Weikert zusammen mit ihrem Landtagskollegen Stefan Schuster und den SPD-Fraktionen aus Erlangen und Erlangen-Höchstadt die Träger und das Fachpersonal von Erlanger Kinderbetreuungseinrichtungen Anfang Juli eingeladen hatte.

Aus Sicht der Träger sind dringend Verbesserungen bei der Personalausstattung notwendig. Die gesetzlich festgelegten Stellenzahlen für die Betreuung von Kindern lassen sich in der täglichen Arbeit nicht einhalten. Bislang werden bei der Berechnung der Zuwendungen nämlich viele der anfallenden Arbeiten nicht angerechnet, während z.B. zusätzlich geleistete Elternarbeit nicht berücksichtigt wird. Insbesondere Verwaltungs- sowie Vor- und Nachbereitungszeit müssen stärker einbezogen werden; auch Urlaubs- und Krankheitszeiten sind aufzunehmen.

Wie der Erlanger Referent für Kultur, Jugend und Freizeit, Dr. Dieter Rossmessl, ausführte, ist die in der Gesetzesnovelle geplante Verbesserung des Mindestanstellungsschlüssels zwar positiv zu bewerten, aber „damit er kostendeckend ist, müsste er weiter erhöht werden“, so Rossmessl. Die geplante Anhebung des Mindestanstellungsschlüssels entspricht einer Verbesserung des Angebots um etwa 4,5 Pro-

zent, d.h. etwa 50 Millionen Euro. Die von der Regierung angesetzten 33 Millionen reichen also ganz und gar nicht aus. Das Ministerium muss dringend transparent machen, wie es auf diese Summe kommt. Weikert hat diesbezüglich eine Anfrage an die Regierung gestellt.

Von den Diskussionsgästen wird auch die schlechte Informationspolitik der Landesregierung massiv kritisiert: Offenbar ist nicht einmal die Gesetzesnovelle flächendeckend an die Jugendämter verschickt worden, die Informationen mussten weitestgehend selbst zusammengesucht werden! Dies wirkt sich natürlich auch verunsichernd und irritierend auf die Träger und Einrichtungen aus, wenn diese die schlechte Zeitplanung und die schlechte Informationspolitik der Landesregierung ausbaden müssen.

Ein wichtiges Anliegen der Träger ist zudem, dass die Ausbildung dringend refinanziert werden muss, jedoch ohne die Auszubildenden in den Pauschalschlüssel mit hinein zu rechnen.

Im anstehenden Gesetzgebungsverfahren wollen die Sozialdemokraten sich weiter für diese Forderungen einsetzen und darüber hinaus dafür kämpfen, neue bürokratische Hürden bei der Inklusion von Kindern mit Behinderung zu verhindern. Zudem will die SPD für eine verstärkte Anerkennung der Bemühungen von Trägern in der Aus- und Weiterbildung sowie in der Fachberatung sorgen. ■

INFORMATIONSAHRT IN DIE LANDWIRTSCHAFTLICHEN LEHRANSTALTEN TRIESDORF

Am Freitag, 14.09.2012, Abfahrt: 10.00 Uhr, Rückkehr: ca. 18.30 Uhr

Treffpunkt: 9.45 Uhr, Busbahnhof am Parkplatz West, Erlangen

Stadt- und Bezirksrätin Gisela Niclas lädt zu einer Informationsfahrt in eine der größten Bildungseinrichtungen des Bezirks Mittelfranken.

Mehr Informationen erhalten Sie unter www.spd-erlangen.de

FRAKTIONS AUSFLUG

FAHRRADPARKHAUS UND LANDESGARTENSCHAU

Wie in jedem Jahr machte die SPD-Fraktion auch in diesem Sommer einen Ausflug in eine bayrische Stadt, um sich mit Kollegen anderer SPD-Fraktionen zu treffen und sich dort im angenehmen Rahmen über aktuelle Themen zu informieren und auszutauschen. Dieses Jahr führte der Ausflug der Fraktion in das nahegelegene Bamberg.

Als Start in das Programm führten Mitarbeiter der Bamberger Stadtwerke durch das neue Fahrradparkhaus hinter dem Bahnhof. Pendler etwa können hier schon für nur 50 Cent am Tag ihr Rad vor Witterung und Diebstahl geschützt unterstellen und sogar die Akkus ihrer E-Bikes während der Parkzeit laden.



Da sich die SPD-Fraktion schon lange eine solche Einrichtung auch für Erlangen wünscht, war das Interesse und die Begeisterung groß, dies hier in einem denkmalgeschützten Gebäude so gut umgesetzt zu sehen. Und auch die Bamberger nehmen ihr Radhaus fränkisch bedächtig mehr und mehr an.

Im Anschluss begrüßte der gerade wiedergewählte Oberbürgermeister Andreas Starke (SPD) die Erlanger Delegation im historischen Rathaus zu einem kleinen Empfang und stellte uns die Entwicklungen in Bamberg der letzten Jahre und seine Ziele für die Zukunft vor. Er bot Fraktionsvorsitzenden Dr. Florian Janik auch zukünftig einen regen Meinungsaustausch und eine gute Vernetzung als Nachbarn in der Metropolregion an.

Im Anschluss führte ein Fußweg durch die Altstadt die Fraktion auf das Gelände der Landesgartenschau (LGA), das sich auf der sogenannten ERBA-Insel befindet und

früher die Baumwollspinnerei Erba (Erlangen-Bamberg) beheimatete. Hier wird über die LGA die Chance genutzt, aus einer Industriebranche das neue Viertel „Nordpark“ zu entwickeln. Das Gelände wird zukünftig für Wohnbebauung und für den Uni-Campus mit besonderem Augenmerk auf eine hohe Aufenthaltsqualität durch viele Grünflächen und Spielplätze genutzt werden. Auch wurde die Gelegenheit genutzt, mit dem Renaturierungsprojekt „Fischpass“ den Wasserlebewesen wieder zu ermöglichen, das bestehende Wehr und die Kleinschleuse der Regnitz an der Erba zu umgehen. In einer Führung, bei der in erster Linie die Umnutzung von der Industriebranche zum modernen, jungen Viertel thematisiert wurde, konnten die Stadträte und Stadträtinnen besonders mit ihrem Wissen zu „Ödi, die Ödlandschrecke“ bei den Bambergern punkten, ein geschütztes Insekt, das auch auf den Magerrasen in Bamberg, einem Teil der Sandachse, wie auch in Erlangen beheimatet ist.

Nach einer Bootsfahrt zurück in die Stadt liesen die Erlanger und Bamberger den Tag auf einem der sieben Hügel, in der Brauerei Greifenklau ausklingen. ■



Die Landesgartenschau ist noch bis 7. Oktober 2012 täglich geöffnet.

Kassenöffnungszeiten sind von 9:00 Uhr bis 19:00 Uhr.

Des Weiteren gibt es eine Vielzahl an Abendveranstaltungen und ein längeres Verweilen am Abend auf dem Gelände ist möglich.

www.radhaus-bamberg.de

<http://www.bamberg2012.de>

Pro und Contra Vorratsdatenspeicherung

Die „Sozis gegen Vorratsdatenspeicherung“ haben ein Mitgliederbegehren gegen die Vorratsdatenspeicherung auf den Weg gebracht. Es ist das erste Mitgliederbegehren seit der Parteireform im Dezember 2011. Nachfolgend dokumentieren wir – mit freundlicher Genehmigung von spd.de – die Meinungsbeiträge von Michael Hartmann als Befürworter sowie Yasmina Banaszczuk und Dennis Morhardt als Gegner der Vorratsdatenspeicherung.

2011 beschäftigte sich der SPD-Bundesparteitag als höchstes Parteigremium intensiv mit dem Thema Vorratsdatenspeicherung (VDS). Nach intensiver Debatte bekannten sich die Delegierten – mit Einschränkungen und geforderten Auflagen – im Grundsatz zu der Datenspeicherung.

Pro Vorratsdatenspeicherung: Freiheitsrechte achten, Bürger wirksam schützen

Manche meinen, wenn es Vorratsdatenspeicherung gibt, geht der Rechtsstaat unter. Manche meinen, wenn es sie nicht gibt, liegt die Strafverfolgung brach. Beide Extreme sind Unfug. Es geht nicht um Glaubenskriege, sondern um die vernünftige Abwägung aller Umstände.

Eine EU-Richtlinie verpflichtet Deutschland ein Gesetz zu erlassen, durch das Telekommunikationsunternehmen verpflichtet werden, Verbindungsdaten, nicht aber Inhalte, für eine begrenzte Zeit zu speichern. Das Bundesverfassungsgericht hat 2010 festgestellt, dass dies im Einklang mit dem Grundgesetz möglich ist: „Mit diesem Inhalt kann die Richtlinie ohne Verstoß gegen die Grundrechte des Grundgesetzes umgesetzt werden.“ (Rz. 187)

Wegen der Untätigkeit der Bundesregierung hat die EU-Kommission Deutschland bereits verklagt. Hier muss die zwischen CDU/CSU und FDP zerstrittene Regierung endlich Farbe bekennen: Mit gar keiner Position lässt sich in Brüssel jedenfalls nichts verhandeln und schon gar nichts verbessern.

Wie eine verfassungsmäßige Ausgestaltung aussehen muss, hat das Bundesverfassungsgericht auch vorgegeben. Die Telekommunikationsunternehmen müssen Verbindungsdaten speichern, wie dies zu Zeiten des Einzelverbindungsdatennachweises alltäglich war. Nur in gesetzlich klar begrenzten Fällen, nämlich bei schweren Straftaten oder zur Abwehr besonders schwerer Gefahren, kann der Staat darauf zugreifen. Es geht anders als in Polizeistaaten gerade nicht um Totalüberwachung rund um die Uhr. Der Staat hat die Daten nicht. Es gibt aber Straftaten, bei denen die Verbindungsdaten im Internet den einzigen Ermittlungsansatz bieten. Wer Vorratsdatenspeicherung kategorisch ablehnt, muss sich darüber klar sein, dass er damit auch akzeptiert, dass schwerste und andauernde Straftaten nicht aufgeklärt werden.

Es gilt, abzuwägen: Wie sehr ist jeder Einzelne belastet, wenn Verbindungsdaten für einige Monate bei den

Contra Vorratsdatenspeicherung: Weder gerecht, noch solidarisch, noch freiheitlich

Es gibt viele Argumente contra Vorratsdatenspeicherung. Die zweifelhafte Verfassungsmäßigkeit, die unsichere Umsetzung und Gewährleistung des Datenschutzes, und einfach die Wirkungslosigkeit des Instruments. Doch immer, wenn es um Vorratsdatenspeicherung geht, geht es auch um Werte. Können wir eine ganze Nation unter Generalverdacht stellen, sie rund um die Uhr überwachen, um damit vermeintlich Verbrechen aufklären zu können? Welche Grundwerte sind uns wichtiger? Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – oder ein falsches Gefühl der Sicherheit?

■ **Von Yasmina Banaszczuk**
Initiatorin des Mitgliederbegehrens

■ **Von Dennis Morhardt**
Initiator des Mitgliederbegehrens

Bild: Gerd Altmann/pixelio.de



Als Sozialdemokraten ist, nein, muss die Antwort klar sein: Vorratsdatenspeicherung widerspricht den sozialdemokratischen Grundwerten. Eine Partei, die in den letzten 150 Jahren zwei Weltkriege und Abgründe wie das Dritte Reich und den Überwachungsstaat der DDR überwunden hat, muss sich auch in heutigen Zeiten weiter klar und deutlich für Freiheit einsetzen. Niemals, so lehrt uns die Geschichte, darf Freiheit gegen eine gefühlte Sicherheit eingetauscht werden. Da hilft es nicht, die Speicherdauer der Daten zu reduzieren – die Überwachung würde so oder so erfolgen. Die Verharmlosung der technischen

Umsetzung zeugt letztlich nur von schwacher Argumentation: Man versucht die Umstände zu beschönigen, das Prinzip bliebe dasselbe.

Auch wird oft von Befürwortern der Vorratsdatenspeicherung berichtet, diese sei zwingend notwendig, um die staatliche Sicherheit zu gewährleisten. Zur Terrorabwehr wird sie genannt. Ein Ablenkungsmanöver, welches die Vorratsdatenspeicherung rechtfertigen soll, dabei jedoch in keinsten Wei-

SOZIS GEGEN DIE VORRATSDATENSPEICHERUNG

Mitgliederbegehren zur Vorratsdatenspeicherung innerhalb der SPD

Dennis Morhardt

- Mitgliederbegehren -

Postfach 28 06

37018 Göttingen

Unterstützung des Mitgliederbegehrens

(Liste für Bundesebene)

»Die SPD lehnt eine verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung (Mindestdatenspeicherung) von Kommunikationsdaten, wie Telefon- und Internetverbindungen sowie Standortdaten, in jeglicher Form ab. Wir setzen uns auf EU-Ebene für eine Änderung der Richtlinie 2006/24/EG ein, um den Datenschutz zu stärken und eine Nicht-Einführung zu ermöglichen.«

Fülle den Bogen vollständig aus und sende ihn unterschrieben an die oben angegebene Adresse.
Per Fax und elektronisch übersende Unterschriften sind nicht gültig!

Ich unterstütze dieses Mitgliederbegehren: [] Ja [] Nein

Vor- und Nachname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Geburtsdatum

Ortsverein (Berlin: Abteilung, Hamburg: Distrikt)

Unterbezirk / Kreisverband

Unterschrift

Mitgliederbegehren zur Vorratsdatenspeicherung
»Sozis gegen die Vorratsdatenspeicherung«

Initiatoren:
Yasmina Banaszczuk
Dennis Morhardt
<http://sozis-gegen-vds.de/>

Postfach 28 06
37018 Göttingen
Telefon: 0176 / 840 25 950
info@sozis-gegen-vds.de

Telekommunikationsanbietern gespeichert bleiben? Wie schwer wiegt dies gegen das Leiden der Opfer von Straftaten, die anders nicht verhindert oder beendet werden können? Wie hoch ist das legitime Interesse des Staates zu bewerten, besonders gefährliche Straftäter vor Gericht zu bringen? Diese Wertentscheidung muss unsere Gesellschaft treffen.

Das Mitgliederbegehren ist ein legitimes Instrument zur Klärung dieser auch in der SPD sehr umstrittenen Frage. Es wird aber davon ablenken, dass die handlungsunfähige schwarz-gelbe Regierung dabei versagt, in Brüssel für unsere Interessen einzutreten. Die SPD setzt dagegen zum Interessenausgleich auf eine Überarbeitung der Richtlinie: Mehr Spielräume für die Mitgliedstaaten, kürzere Speicherfristen deutlich unter sechs Monate; Differenzierungen bei Speicherdauer und Zugriffsvoraussetzungen. Die allein auf die Vorratsdatenspeicherung verengte Debatte ausgerechnet der Generation Facebook verstellt den Blick auf die gravierenden Bedrohungen der Privatheit, die von der Privatwirtschaft ausgehen. Dort ist die massenhafte Erstellung von Persönlichkeitsprofilen eine Gefahr, und wir selbst liefern freiwillig und freizügig unsere Daten.

Wir Sozialdemokraten wollen Freiheitsrechte achten und die Bürgerinnen und Bürger wirksam schützen. Dafür bedarf es eines maßvollen Staates: Er soll nicht zu viel dürfen, aber er darf auch nicht zu wenig können.

se belegbar ist. Wie viele Studien müssen noch erscheinen, die zeigen, dass Vorratsdatenspeicherung keine bedeutende Veränderung von Aufklärungsquoten herbeiführt? Und zur Prävention? Das muss schon allein logisch verständlich sein: Bei 80 Millionen Bürgerinnen und Bürgern, die tagtäglich telefonieren, sich bewegen, im Internet surfen, müsste eine Rasterfahndung auf alle Telefon- und Verbindungsdaten angewandt werden. Rasterfahndung nach was? Käufer von Chemikalien? Besuchern einer Moschee? Personen mit bestimmter Gesinnung? Willkürliche Datenlotterie, darauf würde es hinaus laufen. Das ist weder gerecht, noch solidarisch, noch freiheitlich.

Nein, Vorratsdatenspeicherung kann nicht die Antwort auf eine sich verändernde Welt sein, in der Bedrohungen subtiler und somit beängstigender werden. Wir müssen unsere Sicherheitskräfte weiterbilden und schulen, um Aufklärung und Prävention zu verbessern. Niemals dürfen wir unsere Freiheit opfern. Wir werden Vorratsdatenspeicherung weiter ablehnen, und nicht nur aus datenschutztechnischen Gründen, der zweifelhaften Umsetzungsmöglichkeit oder auf Grund von Urteilen des Verfassungsgerichts. Nein, wir werden Vorratsdatenspeicherung weiter ablehnen, auch und vor allem, weil wir als Sozialdemokraten für unsere Werte einstehen: Solidarität. Gerechtigkeit. Freiheit.

„Die Demokratie ist keine Frage der Zweckmäßigkeit, sondern der Sittlichkeit.“ – Willy Brandt

Zur Stadt-Umland-Bahn und dem Aus der Südumgehung

Nach dem längst überfälligen Aus für die Südumgehung muss nun endlich der Weg freigemacht werden für eine echte Entlastung der AnwohnerInnen: mit Flüsterasphalt und der Stadt-Umland-Bahn (StUB). Wenn erstmal der

Verlängerung der StUB von Uttenreuth weiter nach Osten wie ursprünglich geplant wird dann quasi ein Selbstläufer.

Nachdem in Nürnberg wie in Herzogenaurach und dem gesamten Landkreis ERH alle politischen Gruppierungen die StUB wollen, stehen nur noch Balleis und Beugel seitens der CSU Erlangen auf dem Bremsblock. Diese handeln damit gegen die Interessen Erlangens und des Großraums. Mind. 55 % der Gesamtkosten (Bau und Planung!) zahlen Bund und Land. Damit würde es endlich gelingen, eine unsere Region stärkende wichtige Infrastrukturmaßnahme nach Franken statt in den normalerweise bevorzugten Münchner Großraum zu bekommen.



Bald auch in Erlangen? Eine Stadtbahn, hier in Kas- sel (Bild: Peter von Bechen/pixelio.de)

Startschuss gefallen ist und die ersten Streckenteile der StUB gebaut sind, wird es wie bei der Stadtbahn in Karlsruhe sein: Die Fahrgastzahlen betragen ein Vielfaches der Erwartungen. Eine

Von der StUB werden im Gegensatz zu einem ein bisschen verbesserten Bussystem („RoBus“) auch die Erlanger BürgerInnen direkt als VerkehrsteilnehmerInnen profitieren. 30 Prozent des verlagerten motorisierten Individualverkehrs wird nach den Gutachtern reiner innerstäd-

■ Von Dr. Andreas Richter

Beratendes Mitglied im Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss



tischer Verkehr sein. Beim Bussystem rechnen diese dagegen mit quasi keinen Umsteigern (0 Prozent!).

Das Gerede von Balleis und Beugel um eine massive Erhöhung der Grundsteuer ist Angstmacherei. Wir haben in Erlangen den niedrigsten Gewerbesteuerersatz unter den drei Städten Nürnberg, Fürth und Erlangen. Eine Angleichung der Gewerbesteuer an die Nachbarstädte würde weder die BürgerInnen noch die mittelständischen Unternehmen, die eine Erhöhung mit ihrer Einkommensteuer verrechnen können, treffen, sondern nur die Großbetriebe, die satte Gewinne einfahren.

Diese profitieren auch ganz besonders von einer guten Erreichbarkeit des Hight-Tech-Standorts Erlangen. Logischerweise haben sich auch Siemens wie Schaeffler, adidas und Puma in aller Deutlichkeit für die StUB ausgesprochen.

Stromnetzausbau – ein neuer Dinosaurier

Das Europäische Verbundnetz Strom besteht aus allen Hoch- und Höchst-Spannungsleitungen der EU und wird von der Bundesnetzagentur mitverwaltet. Von der Energiewende ist es durch die aktuelle Energiepolitik stark betroffen, weil einige neue leistungsfähige Stromerzeuger nicht bei den Großverbrauchern stehen – nicht einmal in ihrer Nähe (z.B. Offshore-Windstrom quer durch ganz Deutschland nach Bayern leiten). Ohne großes Aufsehen konnten etliche AKW durch einige fossile Kraftwerke anderen Ortes ersetzt werden. Leider sind nach heutigem Stand der Technik immer noch zu viele Kohlekraftwerke darunter, die bis zu 60 Prozent (!) der eingesetzten Energie als Abwärme in den Himmel blasen – pure Verschwendung, Technik der Vergangenheit, alt und monströs wie Dinosaurier! Außerdem sind Großkraftwerke nicht genügend anpassungsfähig für den Netzbetrieb mit den neuen Energien – z. B. braucht ein AKW 50 Stunden zum Herunterfahren [3].

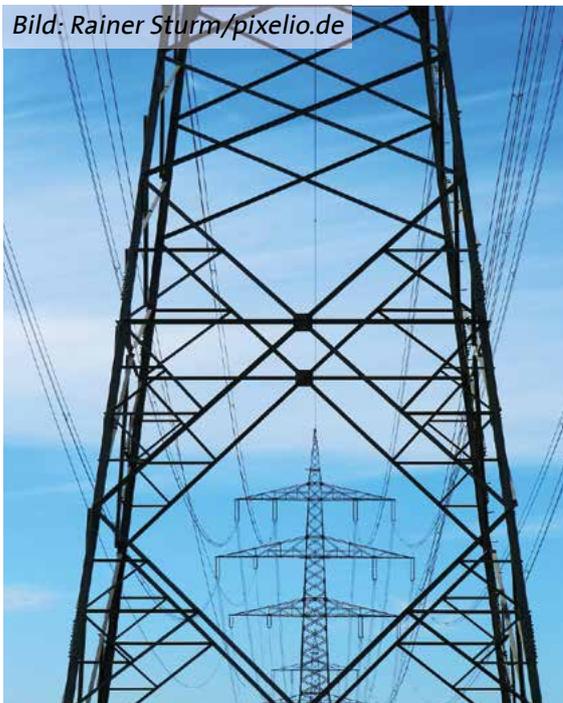
Auch in Zeiten von Wirtschaftsflauten steigt unser Stromverbrauch stetig. Es werden ständig neue Elektrogeräte gekauft – aber zu wenige alte, ineffiziente ausgemustert. So war schon seit langem die Notwendigkeit des Netzausbaus abzusehen [1]. Früher wurden die Stromnetze noch von den profitorientierten Stromkonzernen betrieben. Das führte zu überhöhten Preisen und zum Verfall der Netzinfrastruktur.

Anders als zu Zeiten öffentlicher Versorger sparten die Konzerne gerade bei den Netzen, hatte die Allianz-Versicherung herausgefunden. Bis heute gilt das deutsche Stromnetz trotzdem noch als extrem zuverlässig [2] mit europaweit kurzen Ausfallzeiten.

Eigentlich wäre genügend Zeit gewesen, das Versorgungskonzept von unten – beginnend mit den Erneuerbaren Energien – aufzuziehen und dann notwendige Ausgleichsleitungen nachzusetzen. Das Energiewirtschaftsgesetz hatte das so vorgesehen: Netze sollen nur so ausgebaut werden, wie es „wirtschaftlich zumutbar“ ist – aber der

derzeit heiß diskutierte „Netzentwicklungsplan Strom“ (NEP) sei übersteuert, ineffizient und in Teilen sogar rechtswidrig, leiten Experten daraus ab: Er sehe den Bau zu vieler Leitungen vor und belaste die Verbraucher mit geschätzten Kosten von 20 Milliarden Euro über Gebühr. Das Stromnetz der Zukunft soll so leistungsfähig sein, dass es in Stunden mit extrem viel Sonne und Wind nicht nur alle Ökoenergie transportiert – sondern gleichzeitig(!) auch noch große Mengen Strom aus Gas-, Kohle- und Atomkraftwerken. Eigentlich sollen die konventionellen Kraftwerke vom Netz genommen werden, wenn viel Ökostrom durch die Netze fließt. Ansonsten würde Deutschland weit

Bild: Rainer Sturm/pixelio.de



mehr Strom produzieren als nötig und in der Folge halb Europa mit billigem Strom überschwemmen – über teure Leitungen! Zudem würden falsche Anreize für den Neubau konventioneller Kraftwerke gesetzt [4]. So werden alte Dinosaurier durch neue ersetzt – und wo ist das Geld dazu? Das zahlt wohl der, der immer wieder zahlt. Der Strompreis wird ja schon lange „hinaufgeredet“ trotz Verbilligung durch Erneuerbaren Energien – das ist versuchte Volksverdummung! Es ist kaum zu glauben, dass ein Großverbraucher für seinen Strom weniger zahlt als ein Hartz-IV-Empfänger [6].

■ Von Hannes Allabauer



Netzbetreiber und lokale Stromversorger

Bei einer Podiumsdiskussion [5] bei der Initiative „Energiewende Erlangen“ war folgendes zu hören: Aufwand des NEP laut H. Siebels/TenneT: Leitungen im Bestand 2.800 km zu erneuern, 1.300 km zu verstärken, 300 km Hochspannungsgleichstrom-Übertragung (HGÜ) neu zu bauen; neue Trassen 1.700 km und für 10 GW 2.100 km; Investitionen 20 Mrd. Euro. Im Volksmund ist die Rede von „4 Stromautobahnen“ (für Mittelfranken ist der Korridor D mit 4 GW bei Kriegensbrunn/Frauenaurach als HGÜ enthalten).

H. Geus/Stadtwerke Erlangen: Wir haben keine Rahmenplanung, keinen Masterplan, aber einen NEP – das Pferd wird von hinten aufgezäumt. Nur eine betriebswirtschaftliche Planung scheint zu Grunde zu liegen. Das Thema Speichertechnik ist gar nicht behandelt! Außer Strom gibt es ja noch Gas, damit kann man leicht Strom erzeugen, das lässt sich gut speichern und solche Speicher sind ja vorhanden! Strom und Gas ergänzen sich gut. Wenn Gasspeicher nicht genutzt werden, ist die Energiewende nicht zu schaffen. Ein ganzheitlicher Ansatz ist nicht erkennbar. Ein Zuviel an Aktionismus ist zu erkennen. Die Energiewende ist vor einem Jahr beschlossen worden, aber zu erledigen in den vorhandenen Strukturen. Die damalige Gesetzgebung hat diese Rahmenbedingungen vorgegeben – diese sind aber nicht ausreichend.

H. Dr. Bannig/Naturstrom: Investitionen müssen in der Energiewirtschaft 40 Jahre halten – Tagesentscheidungen reichen nicht aus. In der Politik ist zu viel Aktionismus, das zeigte auch der Atomausstieg mit Wiederein- und hastigem Wiederausstieg. Wir brauchen mehr Verlässlichkeit in der Planung für Strom und Gas. Das Gasnetz könnte Deutschland 2 Monate mit Strom versorgen. Warum müssen wir immer an Großkraftwerke denken? So brauchen wir extrem viele „Stromautobahnen“.

Es gibt andere Ansätze. Vor Ort können wir unsere Aufgaben wahrnehmen.

Maßgebend ist, was der Endverbraucher benötigt, und wo. Mit den Erneuerbaren Energien und Gas mit Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) müssen wir uns um die dezentrale Versorgung kümmern. Die Dezentralität ist eine Notwendigkeit – das ist ein Paradigmenwechsel!

Zu bekräftigen ist: Der ländliche Raum kann innerhalb von Jahren auf Erneuerbare Energien umgestellt werden. Aufgabe ist die Erzeugung von Überschuss auf dem Land, der in die Stadt geführt werden muss. Der Netzausbau muss im Mittelspannungsbereich erfolgen – also im Nahbereich. Der Hochspannungsbereich ist nachrangig.

Dezentralisierung – eine kommunale Aufgabe [9]

Immer mehr Städte, Kommunen und Landkreise entwickeln eigene Energiekonzepte und setzen auf dezentrale Versorgung. Damit nehmen sie mit ihren Bürgern die

Wende selbst in die Hand. Das ergibt eine kommunale Wertschöpfung und freut auch die lokale Wirtschaft. Viele Kommunen trotzen den Erzeuger- und Netz-Konzernen (beides Oligopole) die Stromnetze ab – wenn die Konzessionsverträge ablaufen – und versorgen ihre Bürger mit lokal erzeugter Erneuerbarer Energie. Unsere Stadtwerke stehen für die bessere Energiewirtschaft – dezentral, bürgernah, regional verankert, gemeinwirtschaftlich und kommunalpolitisch orientiert. Anders als die Konzerne können sie an der Dezentralisierung des Energiesystems mitwirken. Leider haben sich einige Stadtwerke gerade mit diesen Konzernen eng verbunden (bzw. wurden durch Anteilsverkäufe). Stadtwerke können eine verbindliche kommunale Wärmeplanung als Grundlage für ein Nahwärmenetz mit höchst wirtschaftlicher KWK auflegen. Wie damals bei der Müllvermeidung sind die Bürger der Politik weit voraus.

Blockade wegen Steuergesetz?

Die lokalen Energieversorger würden gerne und dringend anpacken – aber da hängt ein Gesetz im Bundestag: Vor über einem Jahr hat die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohnge-

bäuden beschlossen. Die Kosten dafür sollten steuerlich absetzbar sein und somit einen Anreiz bieten. Es hängt im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat: Die Länder blockieren, weil sie mit erheblichen Steuerausfällen [6] rechnen: eine Konterkariierung der Energiewende – eigentlich ein Skandal. Investitionen werden so erst mal verhindert (was auch weniger Steuern fließen lässt!), kommen danach wahrscheinlich zuhauf und verursachen so Engpässe und heftige Teuerungen.

Bild: Petra Bork/pixelio.de



Derweil geht es mit dem Netzausbau in „Milliardenschritten“ weiter, obwohl noch gar nicht klar ist, was wirklich notwendig wird!

Eine solche Blockade gab es schon mal 2009 mit dem sog. Marktanzreizprogramm zur Förderung von Investitionen in „Wärme erzeugenden Erneuerbare-Energien-Anlagen“, also Ökoheizungen. Im April 2010 erließ der Bundesfinanzminister eine Haushaltssperre, die aber schon im Juli wieder aufgehoben wurde. Das Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) belegte damals, dass durch die Sperrung der Fördermittel dem Finanzminister mehr Geld entgangen wäre, als er hätte einsparen können [8].

Die Energiewende ist nicht unsozial, aber die Regierungspolitik

AKW gehen nur langsam vom Feld und Großkonzerne werden gehätschelt. Die Energiewende ist keine soziale Frage – es sei denn, sie wird dazu gemacht – von der Politik der Bundesregierung. Und unsozial war eigentlich auch nicht das dazugehörige Gesetz. Unsozial ist aber die Art und Weise, wie die Bundesregierung versucht, die Konzerne vom Beitrag zu diesem nationalen Projekt zu entbinden.

Das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG) ist eigentlich ein vernünftiges Ge-

setz. Wer Erneuerbare Energie erzeugt, bekommt dafür einen garantierten Preis, der über eine Umlage finanziert wird – etwa so wie bei den Agrarerzeugerpreisen seit Anfang der EWG. Je billiger der freie Strompreis am Markt, desto höher fällt die Umlage aus. Aber die Bundesregierung nimmt gerade jene Firmen, die viel Strom verbrauchen, davon aus. Diese kaufen ihren Strom zu Marktpreisen und beteiligen sich gar nicht oder kaum an der Ökoumlage. Dabei werden die Kosten für die Stromerzeugung immer günstiger – gerade wegen der regenerativen Energiequellen. Paradox: Davon profitieren dann die Firmen, die sich an den Kosten der Energiewende nicht beteiligen. Diese Kosten werden von den anderen getragen: von kleinen Unternehmen und Privatkunden. Umverteilung nennt man das – von unten nach oben. Die Bundesnetzagentur hat ausgerechnet, dass rund 2,5 Milliarden Euro auf diese Weise verschoben werden. Von den Menschen zu den Konzernen [6].

Zwischen den Wahlen wird der Wähler öfters mit Füßen getreten.

Quellenangaben:

- [1] 3sat Wissen nano, 26. März 2009: „Die Stromkonzerne investieren nicht in ihre Netze“
- [2] 3sat Wissen nano, 28. Februar 2012: „Netzausbau – Netz für regenerativen Strom günstig ausbauen“
- [3] Der Spiegel online, 17. Juli 2012: „Trittin zur Energiewende: Die Bundesregierung hat immer blockiert“
- [4] Der Spiegel online, 17. Juli 2012: „Jarass/ Obermair: Energiewende - Planloser Netzausbau macht Strom teuer“
- [5] Bürgerinitiative „Energiewende Erlangen“, www.energiewende-erlangen.de, 19. Juli 2012: „Energiewende nur mit neuen Stromtrassen?“
- [6] Der Spiegel online, 23. Juli 2012: „Energiewendehälse“
- [7] Erlanger Nachrichten, 25. Juli 2012: „Energiewender hoffen auf die hohe Politik - Firmen und Institutionen der Lenkungsgruppe EnergieeffizientER ziehen Zwischenbilanz“
- [8] Agentur für Erneuerbare Energien, August 2010: „Erneuerbare Energien – Kosten und Nutzen“
- [9] Agentur für Erneuerbare Energien, September 2010: „Kraftwerke für Jedermann – Chancen und Herausforderungen einer dezentralen erneuerbaren Energieversorgung“

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Dienstag, 18. September,
19 Uhr im Schützenhaus**

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

■ **Distrikt Eltersdorf**

Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Distriktsmitglieder,
unsere nächste Sitzung ist am

**18. September um 20 Uhr
in der „Kulisse“ (Theater-
straße)**

Die weiteren Termine bis zur JHV stehen
auch schon fest, und zwar:

- 16. Oktober
- 6. November
- 11. Dezember
- 15. Januar
- 19. Februar
- 12. März (JHV)

Für den Vorstand
Michael Zimmermann

■ **Distrikt Innenstadt**

Vorsitzender:
Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de



Rebecca Friedrich
Serviceberaterin in der
Geschäftsstelle Möhrendorfer Straße

direkt GIRO

Das kostenlose* 0,-nlinebanking-
Konto für Privatkunden mit persön-
licher Beratung und Service.



Sicher. Stabil. Verlässlich.

*Das „direkt GIRO“ ist das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen nur für Privatkunden: kein Grundpreis, kein Durchschnittsguthaben, kein Mindesteingang, keine Buchungspostenentgelte. Kostenlos in Deutschland Geld abheben an über 25.000 Geldautomaten der Sparkassenorganisation. Sämtliche Arbeiten zur Kontoumstellung erledigen wir gerne für Sie. Fragen Sie jetzt unsere Berater nach dem „direkt GIRO“ und unserem Finanzcheck. Weitere Informationen auch per Telefon: 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr) oder unter www.sparkasse-erlangen.de

■ **Distrikt Ost**

Vorsitzender:

Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
hiermit laden wir Euch ein zu unserer
nächsten

Distriktssitzung am Dienstag, 11. September, 20 Uhr in der AWO- Begegnungsstätte Ost, Drausnickstr. 82

Vorläufige Tagesordnung

- TOP 1 Aktuelles
- TOP 2 Mitgliederbegehren zum Thema Vorratsdatenspeicherung
- TOP 3 Berichte aus Stadtteilen und dem Stadtrat

Informationen zum Mitgliederbegehren findet Ihr unter <http://sozis-gegen-vds.de/>.

Im Oktober findet unsere Sitzung am Dienstag, den 9. Oktober, zum Thema Verteilungsgerechtigkeit statt.

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig und Birgit Hartwig

■ **Distrikt Tennenlohe**

Vorsitzender:

Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen, wir
laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 11. September, 20 Uhr, Schlossgast- stätte

Einladung

An alle Genossinnen und Genossen aus Tennenlohe und aus den anderen Distrikten sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten von überall

Wir laden Euch alle recht herzlich ein zum

Gansessen bei Fritz Klein im „Schlößla“ (d.i. Schloßgaststätte) am Sonntag, 11. November, 12 Uhr

Bitte eine kurze telefonische Mitteilung oder E-Mail bis zum 7. November an die oben angegebene Telefonnummer bzw. E-Mail-Adresse.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Rückblicke: Ortsbeiratssitzung, Fichtelgebirgswanderung, TB, Kerwa, Kunstförderpreis
3. Planung Fraktion vor Ort
4. Einbindung der Mitglieder in die inhaltliche Arbeit am TB, am Schaukasten, an der Homepage, an der Planung der Distriktversammlungen
5. Gewinnung jüngerer Mitglieder (Wahlen zum Jugendparlament)
6. Nominierung der Tennenloher Stadtratskandidaten und des/der Distriktsvertreters/in für die Findungskommission
7. Einrichtung eines Blogs
8. Verschiedenes

Weitere Hinweise und Ankündigungen:

- Distriktversammlungen am 9. Oktober und am 13. November
- Gansessen am 11. November, 12 Uhr

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktssitzung vom 10. Juli

1. Sportplatzenerweiterung

Hermann Krahl und Alfred Ebersberger vom SV Tennenlohe berichten über die aktuelle Situation zur Erweiterung des Sportplatzes. Nachdem in den letzten 4 Jahren

sämtliche Untersuchungen und Auflagen zufriedenstellend erfüllt wurden, wurde von der Stadt der Flächennutzungsplan geändert und ab dem 6. Juni für 4 Wochen ausgelegt. Einsprüche, die in dieser Zeit erhoben wurden, müssen nun abgearbeitet werden, bevor im Stadtrat über den Plan abgestimmt wird. Da mit der Erweiterung des Sportplatzes ein Eingriff in den Bannwald verbunden ist, formierte sich massiver Widerstand von Seiten des SDW und von Umweltgruppen. Der SVT ist besorgt über die polemischen und falschen Behauptungen, die hierbei geäußert werden. So wurde nie eine Vertreibung des WEZ in Tennenlohe betrieben, im Gegenteil haben sich die Tennenloher vor Jahren massiv für den Verbleib des WEZ eingesetzt. Der Distrikt Tennenlohe unterstützt einstimmig die Erweiterungspläne des SVT und fordert die Fraktion auf, der Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtrat zuzustimmen.

2. STUB

Der Distrikt Tennenlohe unterstützt einstimmig die Planungen für die Stadt-Umland-Bahn. Eine Anbindung von Tennenlohe an den Ast nach Nürnberg muss dabei unbedingt erfolgen. Die Erschließung des Tennenloher Ortsteils durch Busse darf jedoch nicht verschlechtert werden.

3. Spielplatz Rotkappenweg

Rolf berichtet über die geänderte Wasserpumpe am Spielplatz. Der Distrikt beschließt, am 18. Juli um 17.30, die Anlagen zu besichtigen und Verbesserungen zu diskutieren. Treffpunkt im Eiscafé „gelatissimo“.

4. Kunst und Kerwa in Tennenlohe 2012

Die Tennenloher Kerwa findet vom 17. bis zum 20. August auf dem Festplatz und den Gaststätten statt. Klaus Egelseer, ehemaliger langjähriger Oberkerwabursch sticht am Freitagabend das erste Bierfass an. Am Samstag gegen 17 Uhr wird der Baum aufgestellt und am Montag endet die Kerwa mit dem traditionellen Betzentanz. Parallel zur Kerwa wird auf der Wiese am Weiher wieder viel Kunst geboten. Ein Besuch lohnt sich in jedem Fall.

5. Neue Themen im Herbst

Es werden zwei Themen für die Herbstsitzungen vorgeschlagen, Energiediskussion und Gesundheitsreform. Rolf will sich um Referenten bemühen.

6. Tennenloher Bote

Der nächste Tennenloher Bote soll Anfang August fertiggestellt und rechtzeitig vor der Kerwa verteilt werden.

Hans Hauer

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Urlaubszeit nähert sich dem Ende. Im September wollen wir uns wieder zur politischen Arbeit treffen.

Wir laden ein für

Dienstag, 11. September, 20 Uhr im Gasthof „Zur Einkehr“ (Güthlein).

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen:

1. Zum Stand der StUB-Planung: Trassenführung, Kosten, politische Planung, anstehende Entscheidungsprozesse
2. Berichte aus Ortsbeirat, Fraktion und Kreisvorstand
3. Themenplanung Oktober und November
4. Verschiedenes

Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

P. S.: Im Juli diskutierten wir mit Josef Weber, dem Bau- und Planungsreferenten der Stadt. 25 Interessierte hatten sich eingefunden. Es entwickelte sich eine vielfältige breit gestreute Diskussion über Entwicklungspotenziale/-probleme im Stadtwesten.

Einerseits wurden die Gestaltungsmöglichkeiten der Stadtplanung aufgezeichnet, andererseits wurde auch deutlich, dass die Stadt zwar vielfältige Angebote machen kann, diese aber auch erst relevant werden, wenn die Bürger sie annehmen. Ob es gelingt, städtisches Leben in Büchenbach zu entwickeln oder ob Büchenbach nicht über den Zustand eines großen Wohngebiets hinaus kommt, ist gegenwärtig völlig offen. Nicht vergessen werden sollte, dass solche Entwicklungsprozesse sich über lange Fristen hinziehen.

Darüber hinaus wurde über den Planungsstand bei der „StUB“ gesprochen.

■ Distrikt West

Vorsitzender:

Gerd Peters

Telefon: 44366

gerd.peters-er@t-online.de

■ AG 60plus

Vorsitzender:

Hartmut Wiechert

Telefon: 991232

hartmut.wiechert@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Mitgliederversammlung am Mittwoch, 19. September, 15 Uhr im August-Bebel-Haus

Tagesordnung:

- Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
- Genehmigung des Protokolls
- Aktuelles
- Vorbereitung der Jena-Reise
- Verschiedenes

Hauptthema unseres nächsten Treffens wird die Vorbereitung für den Gedankenaustausch mit den Jenenser 60plus-Genossen sein.

Aus den in letzter Zeit bearbeiteten Themen

- Bürgerversicherung
- Erwerbstätigenversicherung mit Mindestrente
- Altersarmut
- Eurokrise und kein Ende
- Was kann man gegen Rechtsradikale tun

wollen wir einen Schwerpunkt für die politische Diskussion festlegen.

Ich freue mich auf eine lebhaftere Diskussion und grüße im Namen des Vorstands

Hartmut Wiechert

Einladung zum 8. Begegnungstag mit den 60plus-Freunden aus Jena am 3. Oktober in Jena

Liebe 60plus-Genossinnen und -Genossen!

Letztes Jahr luden uns die 60plus-Freunde aus Jena ein, sie im Jahr 2012 in Jena zu besuchen. Dieser Besuch soll jetzt am 3. Oktober gemeinsam mit dem 25. Partnerschaftsjubiläum stattfinden. Die Stadt Erlangen organisiert für diesen Tag eine Bürgerreise.

Der Jenaer Bürgermeister Dr. Albrecht Schröter plant den Ablauf in Jena, und Genosse Ernst Werner wird ein Zeitfenster im Ablauf des Jubiläums für den politischen Gedankenaustausch mit unseren Jenenser SPD-Freunden suchen.

Wir werden als Gruppe SPD 60plus Erlangen reisen. Unsere Gruppe soll durch Genossen/Genossinnen vom Landkreis Erlangen-Höchstadt verstärkt werden.

Ich habe für uns (SPD AG 60plus) vorsorglich 15 Plätze reserviert und gebucht. Es sind noch einige Plätze frei.



Besuch in Jena 2010

Bitte meldet Euch bei Armin, bei Hem oder bei mir für die Reise nach Jena bis 14. September an.

- Helmut Aichele; Telefon 09131-297397
- Armin Braun; Telefon 09131-43530
- Hartmut Wiechert; Telefon 09131-991232

Mit solidarischem Gruß
Hartmut Wiechert

Protokoll der Mitgliederversammlung am 18. Juli

Top 1: Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende Hartmut Wiechert begrüßt die Anwesenden

Top 2: Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll vom 20. Juni 2012 wurde genehmigt

Top 3: Aktuelles

Diskussion zu Friedenspolitik und Rassismus im täglichen Leben

Top 4: Planung der Bürgerreise nach Jena zum 25. Geburtstag der Städtepartnerschaft

Es wird mit ca. 15 Anmeldungen zur Fahrt nach Jena gerechnet. Hartmut wird die Anmeldung bei Herrn Steger, dem Städtepartnerschaftsbeauftragten der Stadt Erlangen, vornehmen. Er wird sich außerdem mit Ernst Werner in Jena über Ort und Zeitpunkt

eines Treffens in Jena in Verbindung setzen. Sicherlich wird im allgemeinen Programm eine Zeitspanne zum Gespräch möglich sein.



Der Besuch aus Jena 2011 (hier in der Stadtbücherei)

Top 5: Nachlese „Generationenforum in Fürth, Solidarität und Eigenverantwortung“

An dem Generationenforum in Fürth haben aus Erlangen drei Personen teilgenommen. Insgesamt war die Veranstaltung mit achtundzwanzig Teilnehmern gut besucht, zur Hälfte Jusos und 60plus.

Top 6: Verschiedenes

Vorbereitung zur KMV im November 2012.

Ruth Sych

Liebe Genossinnen,
Wir laden Euch herzlich ein zur

AsF-Unterbezirks- konferenz am Freitag, 28. September, 18 Uhr im IG-Metall- Saal, Friedrichstr. 7

Als **Tagesordnung** schlagen wir vor:

1. Begrüßung
2. Rechenschaftsbericht mit anschließender Aussprache
3. Entlastung des Vorstandes
4. „Frauenpolitik in Stadt und Landkreis: Wo stehen wir?“
 - Doris Aschmann, Gleichstellungsstelle Stadt Erlangen
 - Claudia Wolter (angefragt), Gleichstellungsstelle Landkreis Erlangen-Höchstadt
5. SoFIA: Qualifizierungsprogramm der ASF Bayern: Aktueller Stand
6. Nachwahl für den AsF Unterbezirksvorstand
7. Verschiedenes

Im Frühjahr 2014 sind Kommunalwahlen. Unser Ziel muss es sein, in allen Stadt- und Gemeinderäten sowie im

Kreistag quotierte Listen aufzustellen. Wie der Gleichstellungsbericht auf der letzten SPD-Unterbezirkskonferenz im April gezeigt hat, ist dies keine Selbstverständlichkeit. Wir brauchen mehr interessierte Frauen, die bereit sind, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren.

Wir haben daher die Frauenbeauftragten gebeten, uns einen Überblick über den Stand der Frauenpolitik in Stadt und Landkreis zu geben. Wo stehen wir? Was sind unsere aktuellen Themen, unsere künftigen Ziele und Forderungen? Unsere diesjährige Frauenkonferenz soll aber nicht nur Impulse geben, wie wir der Gleichstellung bei den anstehenden Kommunalwahlen einen angemessenen Rang sichern können; unser Qualifizierungsprogramm SoFIA soll Frauen dabei unterstützen, sich in die Politik vor Ort „zu trauen“.

Bitte kommt zahlreich. Die UB-Konferenz ist keine Delegiertenveranstaltung, sie ist für alle SPD-Frauen offen.

Bringt auch interessierte Frauen mit, die (noch) nicht in der SPD sind. Gäste sind herzlich willkommen. Wir hoffen, am 28. September möglichst viele Frauen begrüßen zu können. Wir freuen uns auf euch.

Herzliche Grüße
Marina Linke-Speth
ASF-Unterbezirksvorsitzende

■ AsF

Sprecherinnen:

- Saskia Coerlin
scoerlin@hotmail.com
- Gunda Gerstenmeyer
- Hildegard Gröger
Telefon: 502415
- Birgit Hartwig
Telefon: 55939
Birgit.Hartwig@web.de
- Jule Mildenerger
Telefon: 23435
- Barbara Pfister
Telefon: 502481
barbara.pfister@fen-net.de

Land ist Leben

Interaktive Ausstellung in der Neustädter Kirche vom 14. September bis zum 7. Oktober

Öffnungszeiten:

- Mittwochs bis Samstags: 11 bis 18 Uhr
- Sonntags bis Dienstags: 11 bis 14 Uhr

Land meint in vielen Kulturkreisen mehr als nur Grundstück, Acker, Weidefläche oder Wald. Land ist mehr als Produktionsfaktor oder Wirtschaftsgut, es dient als Überlebensgrundlage und gibt uns die notwendige Nahrung. Land bedeutet Identität und Heimat. Es ist der Ort der Ahnen und der nachfolgenden Generationen. Land ist Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Zugang zu Land und deren Nutzung spielt in vielen Regionen der Welt eine lebenserhaltende Rolle für die große Mehrheit der Bevölkerung. Im Zusammenhang mit Klimawandel, Ernährungskrise und wirtschaftlichen Interessen sowie auch in noch nicht einschätzbarem Maße ausgelöst durch die globale Finanzkrise erhält Land eine unerwartete Wertsteigerung, wird Landbesitz zu einer zunehmend relevanten ökonomischen Größe und damit gleichzeitig zu einer Konfliktressource besonderer Art. Dabei stellen Land und Landbesitz sowie Zugang zu Land für einen Großteil der ländlichen Bevölkerung neben der ökonomischen Grundlage zur Ernährungssicherung und Agrarproduktion auch einen wichtigen sozio-kulturellen Faktor dar. Diese gesellschaftliche Dimension wird immer weniger berücksichtigt und unterschiedlichen ökonomischen Interessen untergeordnet.

Die Ausstellung stellt die verschiedenen Aspekte der „Land“-Thematik kurz und eindrücklich in den Zusammenhang mit Heimat, Klimawandel, Welternährung, Land-Grabbing, Landnutzungskonflikten (Agrotreibstoffe, Futtermittel-Fleischkonsum), Fluchtursachen, Biodiversität sowie Landwirtschaft und Agrarpolitik. Zu jedem Themenbereich gibt es eine Mitmach-Station, an der die angesprochenen Fragestellungen in kreativer Weise vertieft und erlebbar werden. Konkrete Handlungsvorschläge regen die BesucherInnen zum Nachdenken und alternativen Handeln an.

In den Begleitveranstaltungen zur Ausstellung werden einige der Themen aufgegriffen: Gensoja-Anbau in Paraguay und der Widerstand der indigenen Bevölkerung, Spekulation auf agrari-

sche Rohstoffe und Landgrabbing in Argentinien – aber auch unsere eigenen Möglichkeiten, gegenzusteuern.

Begleitveranstaltungen

Im Internet: www.dritte-welt-laden-erlangen.de

Ausstellungseröffnung

Freitag, 14. September, 17 Uhr

Konsumkritische Stadtführung

**Samstag, 15. September, 14 Uhr und
Mittwoch, 26. September, 17 Uhr**

**Dauer: ca. 1,5 Stunden, Treffpunkt Dritte
Welt Laden, Neustädter Kirchenplatz 7**

Wir folgen den Spuren ganz alltäglicher Verbrauchsgüter, die auf ihrem Weg in das Geschäft um die Ecke oft die ganze Welt bereisen. Und wir wollen zeigen, welche Alternativen wir KonsumentInnen haben, wie wir durch unser Verhalten Einfluss auf weltweit agierende Unternehmen ausüben können.

RAISING RESISTANCE

**Dokumentarfilm von Bettina Borgfeld
& David Bernet, Deutschland/ Schweiz
2011, 84 Min**

**Dienstag, 18. September, 20 Uhr und
Freitag, 5. Oktober, 17 Uhr, Neustädter
Kirche, Eintritt frei, Spenden erbeten**

Die sich immer aggressiver im Land ausbreitende Gen-Soja-Produktion raubt den „Campesinos“ die Lebensgrundlage. Doch Soja ist als Futtermittel für die Massentierhaltung unverzichtbar und der Hunger auf Fleisch wächst stetig. Für die Agrarindustrie und Investoren ist das ein höchst lukratives Geschäftsfeld. Doch bei den Kleinbauern in Paraguay wächst der Widerstand und die Lage droht zu eskalieren.

Wie schmeckt fair? – Fair Trade bei Lebensmitteln

Mit Julie Mildenberger und Daniel Hufeisen

**Donnerstag, 20. September, 19 Uhr,
Lese-café „Anständig Essen“, Altstadtmarkt-
passage**

Fair trade – welche Kriterien stehen dahinter? Was sagen Fair-Trade-Siegel

aus und wo liegen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zum Bio-Anbau? Wir zeigen mit Kurzfilmen die ganz unterschiedlichen Facetten unserer alltäglichen Konsumprodukte und berichten vom Weg Erlangens zur Stadt des Fairen Handels.

Mit dem Essen spielt man nicht

Mit Karin Deraëd, Referentin für „Brot für die Welt“, Nürnberg

Montag, 24. September, 20 Uhr, Neustädter Kirche

Etwa eine Milliarde Menschen auf der Erde hungern. Ein Grund dafür: Sie können gestiegene Preise für Nahrungsmittel nicht mehr zahlen. Nahrungsmittelspekulation ist maßgeblich mitverantwortlich für extreme Preisschwankungen. Deutsche Banken und Versicherungen sind mit rasant steigender Tendenz an der Spekulation mit Nahrungsmitteln beteiligt.

Faires Frühstück mit frisch geröstetem Kaffee

**Samstag, 29. September, 10 bis 14 Uhr,
Neustädter Kirchenplatz**

Von Teller, Tank und Trog – Wenn das Land knapp wird. Was haben Tierfutter und Biosprit mit Hunger zu tun?

Mit Karin Deraëd, Referentin für „Brot für die Welt“, Nürnberg

**Donnerstag, 4. Oktober, 19:30 Uhr, Lese-
café „Anständig Essen“, Altstadtmarkt-
passage**

Fruchtbares Ackerland ist eine kostbare und endliche Ressource. Auf dem gleichen Land, das Bauern und Bäuerinnen benötigen, um darauf Nahrungsmittel anzubauen, ihre Tiere zu hüten, Brennholz und Wasser zu holen, wollen Staaten oder Konzerne Exportprodukte, Futtermittel und Energiepflanzen produzieren. Als Landraub, „Landgrabbing“, wird dieser globale Machtkampf bezeichnet.

Erntedankgottesdienst „Land ist Leben“

Sonntag 7. Oktober, 10 Uhr, Neustädter Kirche